# BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

# BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Ein Bausparvertrag bietet Sicherheit –
angefangen vom Eigenkapitalaufbau bis hin zur
Generationenvorsorge durch vererbbares Eigentum.

# Inhalt

**Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** **6**

Zur konjunkturellen Lage 6

Entwicklung des Wohnungsneubaus 10

Geschäftsentwicklung der deutschen Bausparkassen 18

Ausblick 19

**Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen** **21**

Neugeschäft 21

Entwicklung des Vertragsbestandes 23

Geldeingang 24

Auszahlungen und Wohnungsbaufinanzierungen 25

Anzahl und Personalstärke der privaten Bausparkassen 28

**Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland** **29**

**Wohnungspolitische Diskussion** **30**

Förderung der Wohneigentumsbildung 30

Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge 32

**Umfragen zum „Sparklima" in Deutschland** **34**

**Auskunftsersuchen der Bankenaufsicht zur Ertragslage** **40**

**Anlage verfügbaren Geldes in „anderen Schuldverschreibungen" mit Rückführungsoption** **41**

**Eigenkapitalanforderungen des Baseler Ausschusses** **42**

**EU-Vorschriften über eine angemessene Eigenkapitalausstattung** **43**
Anwendung der Leverage Ratio auf Bausparkassen 43
Anwendung des IRB-Ansatzes 44

**Risikomanagement** **46**
Mindestanforderungen an das Risikomanagement 46
Management des Zinsänderungsrisikos 47
Anforderungen an Vergütungssysteme 48

**Allgemeine Verbraucherschutzdiskussion** **49**
**Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie** **52**
**Kündigung von Bausparverträgen** **53**
**Regulierung von Vermittlern** **54**
**Datenschutz** **54**
**Schlichtungsverfahren der privaten Bausparkassen** **56**

## Anhang

Verzeichnis der Tabellen 62
Verzeichnis der privaten Bausparkassen 82
Der Verband der Privaten Bausparkassen 83

# Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## ZUR KONJUNKTURELLEN LAGE

Das Jahr 2017 war nunmehr das achte in Folge, in dem sich die deutsche Wirtschaft in einem Aufschwung befand. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 2,2 Prozent und damit noch stärker als im Vorjahr. Das Wachstum steht dabei auf einem breiten Fundament: Impulse kamen vor allem von den Bruttoinvestitionen, dem privaten mehr noch als dem öffentlichen Konsum und zu einem kleineren Teil aus dem Außenhandel.

Die privaten Haushalte gaben 2017 für Konsumzwecke 1,9 Prozent mehr Geld aus als im Vorjahr. Die öffentlichen Konsumausgaben wurden um 1,6 Prozent ausgeweitet und damit deutlich weniger stark als noch im Jahr 2016 (+4,0 Prozent). Darin kommt auch eine gewisse Normalisierung der Staatstätigkeit nach dem Höhepunkt der so genannten Flüchtlingskrise zum Ausdruck. Einen kräftigen Anstieg gab es endlich wieder bei den Bruttoinvestitionen (+3,8 Prozent); darunter fielen die Ausrüstungsinvestitionen (+4,0 Prozent) besonders stark ins Gewicht. Die Bauinvestitionen (2017: +2,7 Prozent) wurden dagegen nicht mehr mit demselben Tempo ausgeweitet wie im Vorjahr (2016: +3,0 Prozent). Die konjunkturelle Belebung sowohl der Weltwirtschaft als auch der der

Eurozone hat der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen Auftrieb verliehen; sie stiegen um 4,7 Prozent gegenüber 2016. Die Importe legten, vor allem infolge des gestiegenen privaten Konsums, um 5,1 Prozent zu. Wegen des höheren absoluten Volumens der Exporte, die um 4,7 Prozent wuchsen, stieg der Außenbeitrag um 0,2 Prozent. 2016 hatte der Außenhandel noch negativ zum Wachstum beigetragen.

Vor diesem Hintergrund erreichte die Beschäftigung ein neues Rekordniveau. 2017 waren 32,2 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, rund 720.000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen sank auf 2,5 Mio., das entspricht einer Quote von 5,7 Prozent.

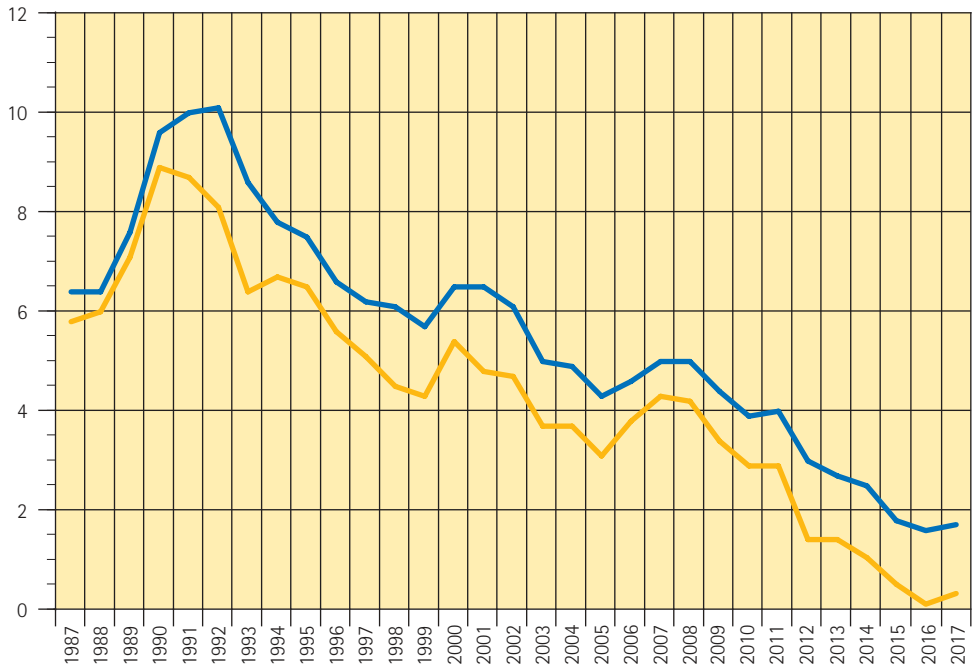
2017 sind die Reallöhne in der Bundesrepublik um 0,8 Prozent und damit deutlich schwächer angestiegen als im Vorjahr (2016: +1,8 Prozent). Ursache sind die Verbraucherpreise, die sich im Berichtsjahr um 1,8 Prozent erhöhten, wie aus dem Real- und Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. Die Nominallohnsteigerung von 2,5 Prozent wurde mithin zu einem großen Teil von der Teuerung aufgezehrt. Die Sparquote der privaten Haushalte kletterte auf 9,9 Prozent.

Auch im Jahr 2017 kannten die Preise für Wohnimmobilien nur eine Richtung: steil aufwärts. In den ersten drei Quartalen verteuerten sich Bestands- und

Neubauten um durchschnittlich 4,1 Prozent. Gebrauchte Wohnungen stiegen um 4,3 Prozent im Preis, neu geschaffene Einheiten im Bundesdurchschnitt um 2,7 Prozent. Wo das zentrale Problem auf dem deutschen Wohnungsmarkt liegt, wird offensichtlich beim Blick auf den Indikator Baulandpreise: Im ersten Halbjahr verteuerte sich Bauland gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,1 Prozent. Der Index der Baulandpreise steigt seit dem 1. Quartal 2015 ununterbrochen.

Die Zinsen für Wohnungsbaukredite mit einer anfänglichen Laufzeit von fünf bis zehn Jahren sind im Berichtsjahr erstmals seit 2011 wieder gestiegen. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich Darlehen von 1,60 Prozent auf 1,67 Prozent.

## Zinsentwicklung in Deutschland von 1987 bis 2017 in Prozent




Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere
Zinssätze für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke
(bis 2012 variabel oder mit Zinsfestschreibung bis 1 Jahr, ab 2013 5 bis 10 Jahre)

Quelle: Deutsche Bundesbank Monatsbericht

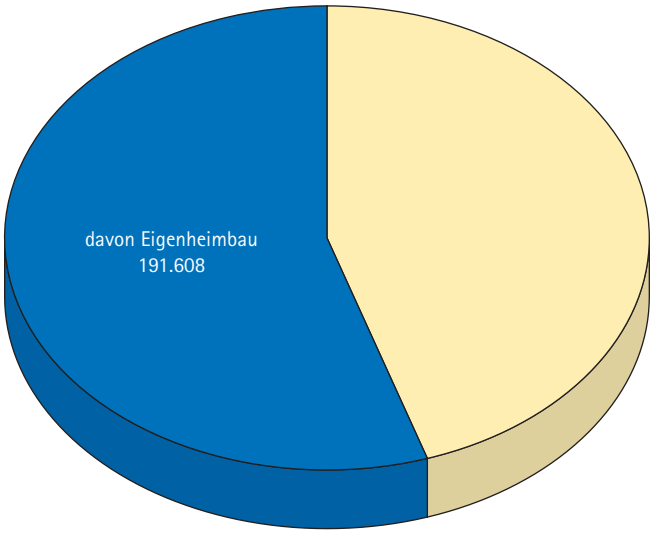
## ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUS

Ungeachtet des enormen Wohnraumbedarfs in Deutschland ist die Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2017 gesunken. Der Rückgang fiel mit 7,3 Prozent auf 348.128 (das sind 27.461 weniger als im Vorjahr) ungewöhnlich deutlich aus. Zuvor waren die Genehmigungen acht Jahre lang nur gestiegen.

Zum Bau von Wohnungen in Wohngebäuden wurden 2017 300.695 Einheiten genehmigt, das sind 5,1 Prozent weniger als im Jahr 2016. Mit Ausnahme des Mietwohnungsbaus (Mehrfamilienhäuser ohne Eigentumswohnungen), der um 3,5 Prozent bzw. 3.187 auf 94.041 Genehmigungen stieg, verzeichneten die Ämter bei allen Wohnungsarten Rückgänge. Prozentual am stärksten war dies unter den wichtigsten Wohnungskategorien bei Einfamilienhäusern der Fall. Zu deren Bau wurden 90.779 Genehmigungen erteilt, was einem Rückgang um 4.772 oder 5,0 Prozent entspricht. In ähnlicher Größenordnung ging die Genehmigungszahl bei Eigentumswohnungen zurück, nämlich um 4,9 Prozent (4.022 Einheiten) auf 78.589. Etwas geringer fiel der Rückgang mit 2,7 Prozent (608 Einheiten) bei Zweifamilienhäusern aus; insgesamt wurden in dieser Kategorie 22.240 Baugenehmigungen erteilt. Im Lichte gesunkener Flüchtlingszahlen wurden 39,7 Prozent weniger Genehmigungen (entspricht 9.926) zum Bau von Wohnungen in Wohnheimen beschieden, deren Zahl 2017 bei 15.046 lag. Auch beim Ausbau (-19,4 Prozent auf 42.137) und dem Neubau von Wohnungen in Nichtwohngebäuden (-18,2 Prozent auf 5.269) ging es

deutlich nach unten. Offenbar ist das Potenzial für Aufstockungen und Umwandlung von Bürogebäuden in Wohnraum bereits erschöpft oder angesichts bürokratischer und finanzieller Hemmnisse nicht voll nutzbar.

**Anteil des Eigenheimbaus an den Wohnungsbaugenehmigungen 2017 (Wohnungen insgesamt = 348.128)**

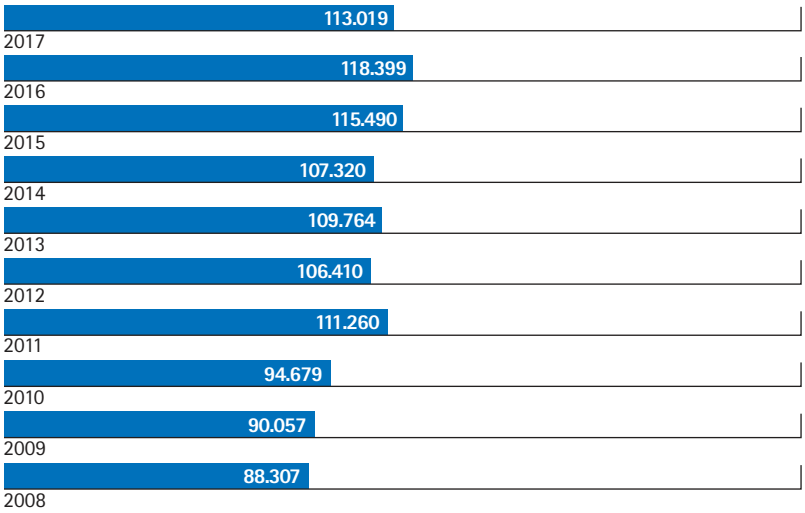



Quelle: Statistisches Bundesamt

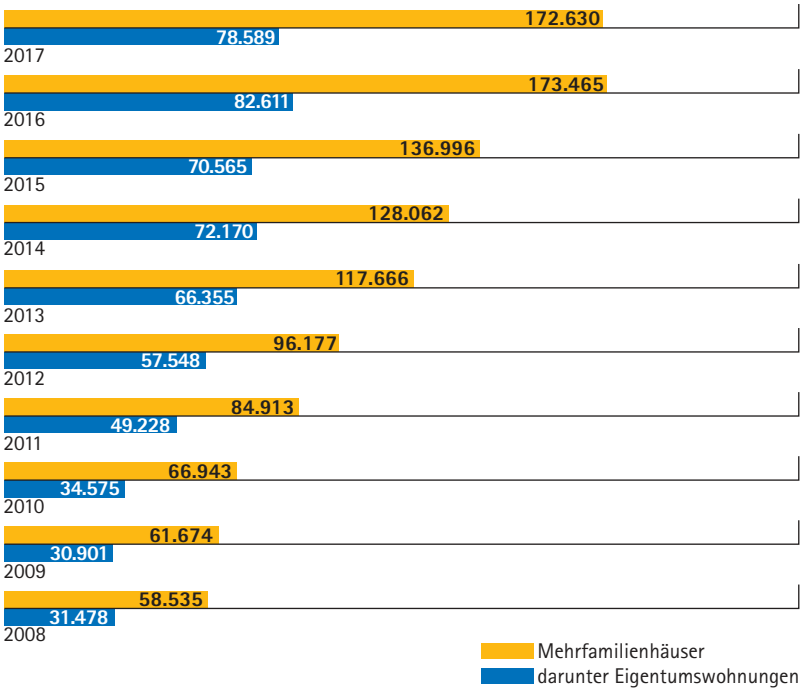
2017 wurden schätzungsweise 260.000 Wohnungen fertiggestellt, das hat das ifo-Institut ermittelt. Der Neubau kommt damit nur schleppend voran, denn auch für die Jahre 2018 bis 2020 rechnet das ifo-Institut mit Fertigstellungszahlen von 275.000, 280.000 und 275.000 Wohnungen. Die Differenz zwischen

dem, was nach Baugenehmigungen theoretisch möglich wäre, und dem, was tatsächlich realisiert wird, ist ganz erheblich. Zum Ausdruck kommen darin offenbar ein Engpass in der Bauwirtschaft und zweifellos auch Spekulationsmotive. Es wird deutlich, dass die wohnungspolitische Diskussion sich nicht allein auf die Baulandbereitstellung konzentrieren und das Bauen in der Fläche nicht ausblenden sollte.

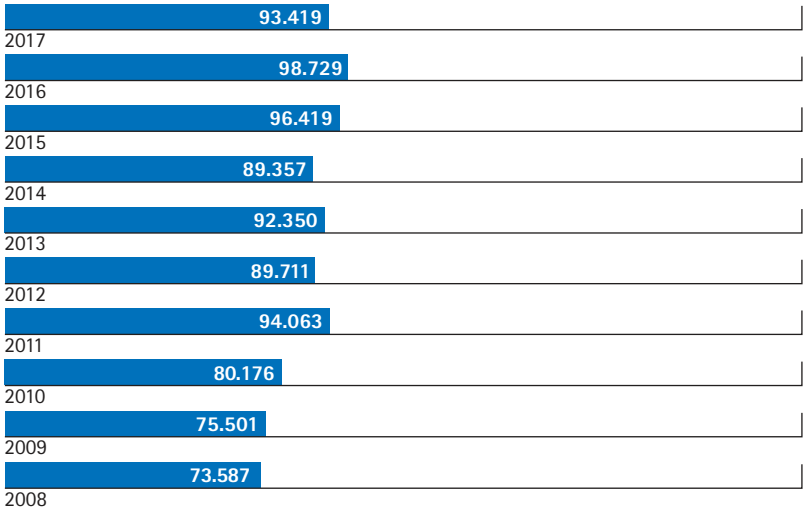
## Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland 2008 bis 2017



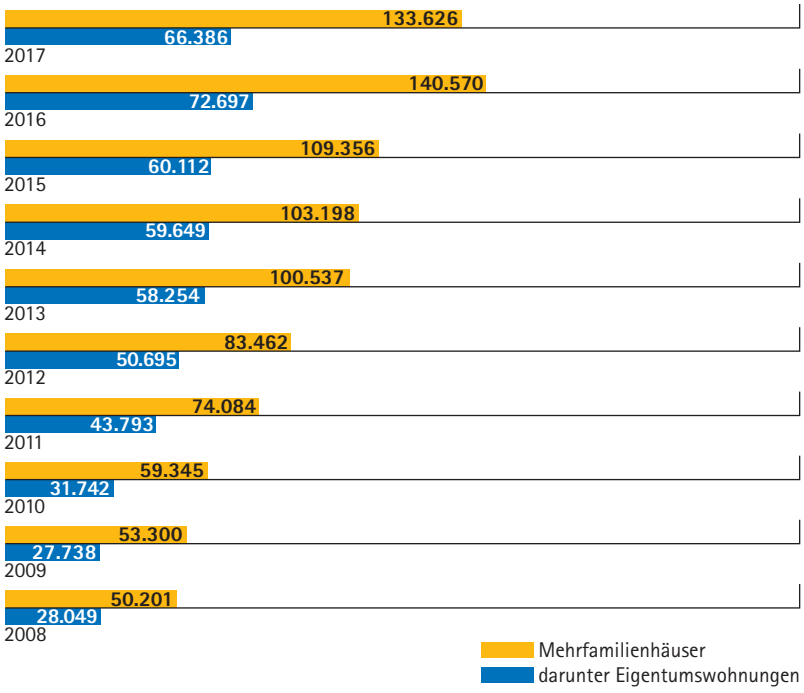

## Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Deutschland 2008 bis 2017



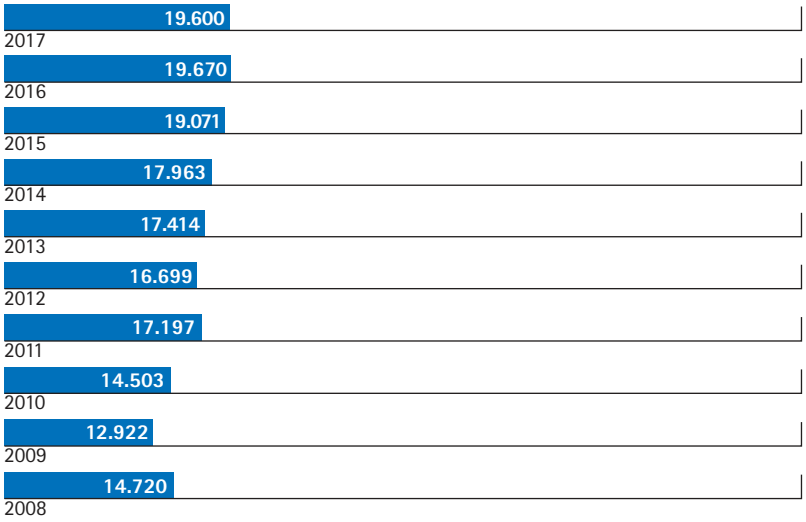
## Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2008 bis 2017



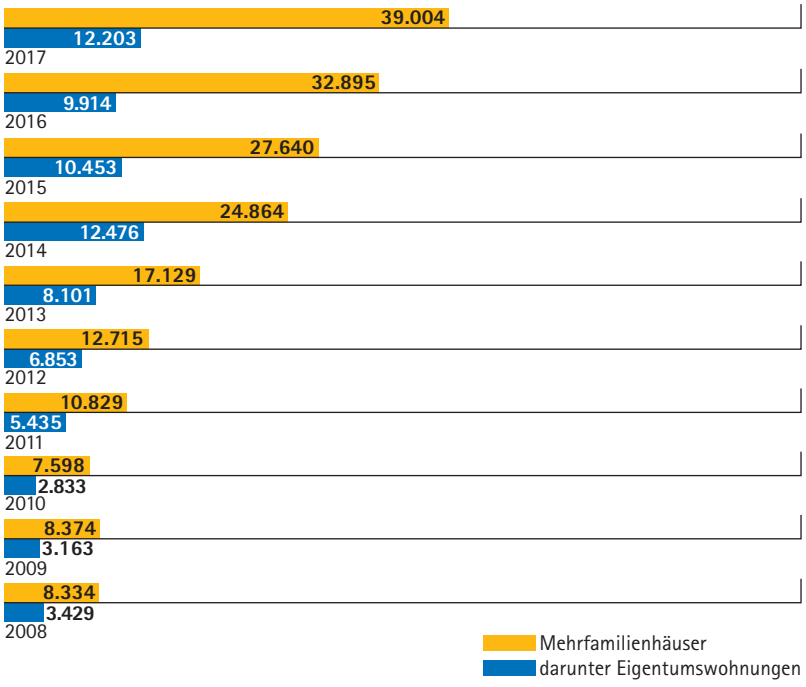

## Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2008 bis 2017



## Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2008 bis 2017




## Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2008 bis 2017



Wer früh anfängt zu sparen, kann sich den Traum von eigenen vier Wänden leichter erfüllen.

## GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BAUSPARKASSEN*

Die deutschen Bausparkassen schlossen 2017 rund 1,7 Millionen neue Verträge mit ihren Kunden. Die Bausparsumme dieser Abschlüsse belief sich auf 84,6 Milliarden Euro. Die Zahl der Verträge sank um 15,9 Prozent. Hierin spiegelt sich insbesondere die stärkere Fokussierung auf Finanzierungstarife wider. Die durchschnittliche Bausparsumme je neu abgeschlossenem Vertrag erhöhte sich deutlich. Der Trend, dass die Sparer in einem Nullzinsumfeld an Sinn und Zweck eines langfristig angelegten Sparens zweifeln, macht aber auch vor dem Bausparvertrag nicht halt. Die Bausparsumme aller neuen Verträge reduzierte sich deshalb im Vorjahresvergleich um 6,2 Prozent.

Die Bestände aller Bausparkassen beliefen sich im Jahr 2017 auf 27,9 Mio. Verträge (-3,1 Prozent), deren Bausparsumme 891,0 Mrd. Euro beträgt (+0,8 Prozent).

Der Bestand der Eigenheim-Rentenverträge summierte sich 2017 nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf knapp 1,8 Mio. Verträge. Das sind 76.000 Verträge mehr als im Jahr 2016.

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

Der Gesamtgeldeingang bei den deutschen Bausparkassen lag im Berichtsjahr bei 33,9 Mrd. Euro, 5,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Auf Sparleistungen entfielen 26,8 Mrd. Euro (2,7 Prozent) und 6,9 Mrd. Euro auf Zins- und Tilgungsleistungen (-14,3 Prozent). Die Auszahlungen aller Bausparkassen summierten sich 2017 auf 32,7 Mrd. Euro (-1,4 Prozent).

Der Marktanteil der privaten Bausparkassen lag nahezu unverändert bei 63,6 Prozent (bezogen auf die Bausparsumme) bzw. bei 76,3 Prozent (bezogen auf die Auszahlungen).

## AUSBLICK

Für das Jahr 2018 rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Wachstum von nochmals 2,2 Prozent. Danach wird sich das Wachstum etwas abschwächen, weil die volkswirtschaftlichen Kapazitäten an ihre Grenzen stoßen. Der private Konsum wird nach der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2018 um 0,6 Prozent zulegen, 2019 dürfte er um 0,9 Prozent steigen. Den Investitionen in Bauten wird ein Wachstum von 0,2 Prozent bzw. 0,3 Prozent vorhergesagt.

Die konjunkturelle Hochphase sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Anzeichen einer Überhitzung mehren. Dies kommt beispielsweise

in großzügigen Tarifabschlüssen und einer Gesetzgebung zum Ausdruck, die die Wettbewerbsfähigkeit der Angebotsseite perspektivisch belasten wird. Zwar hat sich in den Ländern der Europeripherie jüngst eine konjunkturelle Erholung eingestellt. Dauerhaftes Wachstum ist damit aber noch nicht verbunden. Strukturelle Probleme – sowohl bei den Institutionen der Europäischen Union selbst als auch in den EU-Mitgliedstaaten – werden nicht angegangen und finden ein Ventil in der Wahl populistischer Parteien. Selbst in Deutschland wird die Opposition im Bundestag von einer Fraktion angeführt, die bislang nicht im Ansatz hat erkennen lassen, welchen Beitrag zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sie zu leisten gedenkt. Ferner deutet gegenwärtig alles auf einen „harten Brexit" hin – mit vielen Unwägbarkeiten für den deutschen Außenhandel. Und auch die (handels-)politische Marschrichtung jenseits des Atlantiks birgt enorme Risiken für das globale Wachstum, die weitere Eskalationsstufen mit erheblichen ökonomischen, aber auch geopolitischen Verwerfungen nach sich ziehen dürften. Das dürfte dann insbesondere die deutsche Wirtschaft treffen, die wie keine zweite Industrienation in den Welthandel eingebunden ist.

Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2018 voraussichtlich um 1,3 Prozent zunehmen, im Jahr 2019 dann um 0,9 Prozent auf die Zahl von 45,3 Millionen. Auf der anderen Seite sinkt die Zahl der Menschen ohne Arbeit: auf eine Quote von 5,2 Prozent im Jahr 2018 und 4,8 Prozent im Jahr 2019.

# Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen*

## NEUGESCHÄFT

Die Bausparer schlossen im Jahre 2017 bei den privaten Bausparkassen 1,1 Mio. neue Bausparverträge über eine Summe von 53,8 Mrd. Euro ab. Die Bausparsumme der Neuabschlüsse lag um 6,3 Prozent unter dem Vorjahresergebnis.

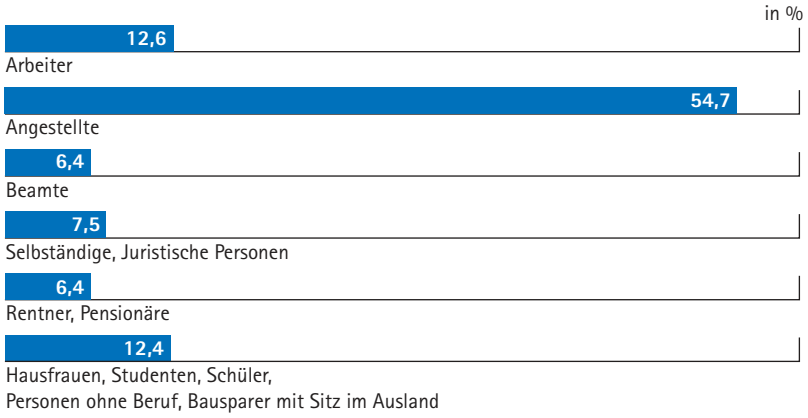
Die Bausparer erhöhten 2017 zudem bei 130.000 bestehenden Verträgen mit privaten Bausparkassen nachträglich die Summe. Die durchschnittliche Bausparsumme je eingelöstem Bausparvertrag (einschließlich Erhöhungen) stieg um 12,8 Prozent auf 49.900 Euro an.

Die Neuverträge mit den privaten Bausparkassen wurden auch 2017 in der Mehrzahl von Arbeitnehmern abgeschlossen. Der gesamte Anteil der Abschlüsse von Arbeitern, Angestellten und Beamten belief sich auf 72,6 Prozent, gemessen an der Bausparsumme auf 73,7 Prozent.

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

Für die Gruppe der Schüler, Studenten, Hausfrauen und sonstiger Personen ohne Beruf sowie der Bausparer mit Sitz im Ausland ist ein summenmäßiger Anteil von 12,4 Prozent an den Neuverträgen zu verzeichnen. Für Rentner und Pensionäre ergibt die Aufschlüsselung der Neuabschlüsse nach der Bausparsumme einen Anteilswert von 6,4 Prozent..

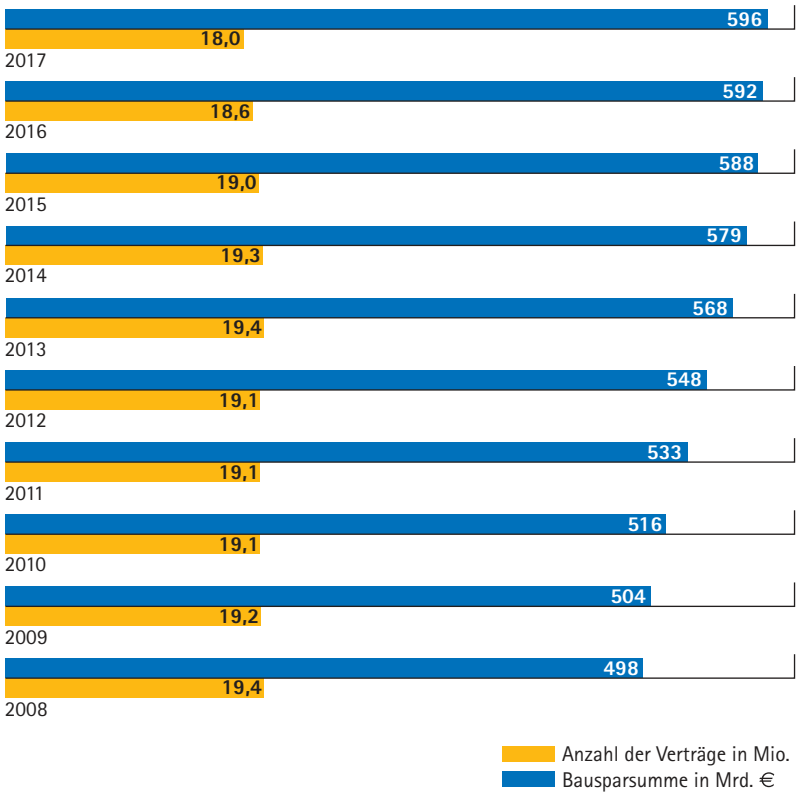
**Bei den privaten Bausparkassen 2017 neu abgeschlossene Bausparverträge nach Berufsgruppen (Anteile an den Neuabschlüssen nach der Bausparsumme)**



## ENTWICKLUNG DES VERTRAGSBESTANDES

Am Jahresende 2017 betreuten die privaten Bausparkassen 18,0 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 595,7 Mrd. Euro (+0,6 Prozent). Der Anteil der Verträge in der Sparphase am gesamten Vertragsbestand nach der Bausparsumme erhöhte sich auf 93,0 Prozent.

### Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017



Die Bausparsumme der Verträge des nicht zugeteilten Bestandes stieg 2017 auf 554,0 Mrd. Euro an (+1,4 Prozent). Die durchschnittliche Bausparsumme der Verträge in der Sparphase, die seit vielen Jahren ununterbrochen steigt, erreichte zum Jahresende 33.400 Euro (+4,0 Prozent). Der mittlere Anspargrad belief sich auf rund ein Fünftel der Bausparsumme. Die Verträge waren im Durchschnitt mit gut 6.800 Euro (+5,0 Prozent) angespart.

## GELDEINGANG

Der gesamte Geldeingang auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen belief sich im Jahr 2017 auf 22,8 Mrd. Euro (-5,4 Prozent). Davon entfielen 17,4 Mrd. Euro auf Sparleistungen der Bausparer (-2,7 Prozent). Die Zins- und Tilgungsleistungen der Bausparer beliefen sich auf 5,3 Mrd. Euro. Außerdem gingen 0,1 Mrd. Euro an Wohnungsbauprämien auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen ein.

In den Spar- und Tilgungsbeiträgen waren von Arbeitgebern zugunsten der Bausparer überwiesene vermögenswirksame Leistungen enthalten. Diese beliefen sich 2017 insgesamt auf 2,1 Mrd. Euro.

In Folge des Spargeldeingangs und einer aufgrund der niedrigen Marktzinsen verlängerten Spardauer stiegen die Bauspareinlagen bei den privaten Bau-

sparkassen um 2,5 Prozent auf 113,3 Mrd. Euro. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sind hier von Jahr zu Jahr Zuwächse zu verzeichnen.

## AUSZAHLUNGEN UND WOHNUNGSBAUFINANZIERUNGEN

Die privaten Bausparkassen finanzierten im Jahr 2017 den Wohnungsbau mit 24,9 Mrd. Euro. Von den Finanzierungen entfielen 10,0 Mrd. Euro auf Auszahlungen nach Zuteilung von Bausparverträgen. Zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Bausparsummen kamen neue Darlehen in Höhe von 12,6 Mrd. Euro hinzu. Die Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen beliefen sich auf 2,4 Mrd. Euro. Die gesamten Auszahlungen lagen um 1,6 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Mit rund drei Vierteln des gesamten Baugeldes wurde direkt Wohnraum geschaffen oder verbessert, indem es für Zwecke des Neubaus, des Kaufs von Objekten vom Bauträger und für Modernisierungen, Instandsetzungen, Umbauten, Anbauten und Ausbauten ausgezahlt wurde.

Die Summe aller Darlehensauszahlungen der privaten Bausparkassen belief sich auf 15,8 Mrd. Euro. Die Baudarlehen wurden 2017 an 255.000 Bausparer vergeben. Sie kamen nach der Stückzahl zu 76,4 Prozent der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten zugute. Der Anteil der Arbeitnehmer bei den Bau-

Sicher die eigene Zukunft aufbauen:
Die festen Darlehenszinsen des Bausparvertrags
sind Grundlage für eine zuverlässige Planung.

Bauzinsen

darlehen lag somit noch höher als bei den Neuverträgen. Der durchschnittliche Betrag aller neuen Baudarlehen stieg um 6,7 Prozent auf 62.200 Euro.

Ende 2017 belief sich der Bestand aller Baudarlehen in den Büchern der privaten Bausparkassen auf 111,5 Mrd. Euro. Nach einer Zunahme um 9,5 Prozent wurde damit ein neuer Höchstwert erreicht.

## ANZAHL UND PERSONALSTÄRKE DER PRIVATEN BAUSPARKASSEN

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Berichtsjahr zwölf private Bausparkassen tätig, die sämtlich in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt werden. Alle privaten Bausparkassen gehören dem Verband an.

Die privaten Bausparkassen beschäftigten Ende 2017 rund 5.600 Mitarbeiter. Davon waren 3.100 weibliche und 2.500 männliche Mitarbeiter bei den Bausparkassen angestellt. Rund 600 Mitarbeiter befanden sich in der Ausbildung.

Nach Umrechnung von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitkräfte ergab sich eine Personenzahl von rund 5.000. Die rechnerisch auf einen vollbeschäftigten Mitarbeiter entfallende Bilanzsumme belief sich auf 32,3 Mio. Euro. Im Durchschnitt konnten 3.600 Bausparverträge von einem Mitarbeiter betreut werden.

# Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland

Einige private Bausparkassen bieten Bausparverträge in mittel- und osteuropäischen Ländern an. Dazu halten sie oder ihre Konzernmutter Anteile an einer Bausparkasse oder einem anderen Institut in diesen Ländern.

Ihr Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum ist beträchtlich. Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen stellt Bausparen oft die einzige Finanzierungsmöglichkeit bei Wohnbedarf dar.

## Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland 2017

| | Umrechnungskurse per Ende 2017[1] | Eingelöstes Neugeschäft | | Bestand an Bausparverträgen am 31.12.2017 | | Spargeldeingang[3] |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Anzahl[2] | Bausparsummen in Mio. € | Anzahl | Bausparsummen in Mio. € | in Mio. € |
| Tschechien | 25,585 CZK/€ | 149.719 | 2.031,5 | 1.742.524 | 30.735,7 | 1.082,5 |
| Slowakei | - | 140.628 | 2.682,0 | 881.779 | 15.008,0 | 662,0 |
| Ungarn | 309,960 HUF/€ | 198.236 | 2.555,3 | 781.122 | 9.532,5 | 484,2 |
| Rumänien[4] | 4,660 RON/€ | 558 | 1,3 | 181.777 | 644,8 | 26,0 |

1) Mittlerer Geld/Brief-Devisenkurs im Freiverkehr.
2) Einschließlich Erhöhungen.
3) Ohne Zinsgutschriften.
4) Aufgrund geschäftspolitischer Entscheidungen der beiden rumänischen Bausparkassen wird seit 2017 grundsätzlich kein Neugeschäft mehr betrieben.

# Wohnungspolitische Diskussion

Die Politik hat das Wohnen wieder als wichtiges Handlungsfeld identifiziert. Steigende Immobilienpreise, in denen vor allem eine gestiegene Nachfrage und ein Mangel an attraktiven Angeboten zum Ausdruck kommen, haben auch eine soziale Dimension. Dabei gerät neben dem Mietwohnungsmarkt zunehmend die selbstgenutzte Wohnimmobilie in den Blickpunkt des Interesses, auch als Form der Altersvorsorge. Dass die Wohnungsmärkte hierzulande nach allgemeiner Einschätzung noch nicht überhitzt sind, hängt stark mit der soliden Finanzierungskultur zusammen, bei der dem Bausparen mit seiner einzigartigen Kombination aus Eigenkapitalaufbau und Zinsabsicherung eine Schlüsselstellung zukommt.

## FÖRDERUNG DER WOHNEIGENTUMSBILDUNG

Die wohnungspolitische Diskussion vollzog sich maßgeblich unter dem Eindruck der Bundestagswahlen im September 2017. Gleich zu Beginn des Jahres 2017 hatte der Verband, wie auch bei der vorherigen Bundestagswahl, eine Publikation mit seinen Empfehlungen für die wichtigsten Politikfelder aus Sicht der privaten Bausparkassen veröffentlicht und argumentativ aufbereitet. Nach dem Vorliegen der Wahlprogramme wurde wiederum eine Synopse der wohnungspolitischen Vorschläge der Parteien erstellt.

Im Mittelpunkt der Verbandsarbeit stand an dieser Stelle die staatliche Förderung der Wohneigentumsbildung, insbesondere der gezielte Aufbau von Eigenkapital zum Immobilienerwerb.

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht neben Anreizen für den verstärkten Bau von Mietwohnungen auch solche für Bau und Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums vor. Insofern hat ein zentrales Anliegen des Verbandes, nämlich die Wohnungspolitik nicht einseitig am Mietwohnungsbau zu orientieren, Gehör und Niederschlag in der Koalitionsvereinbarung gefunden. Daneben wird der Mangel an Bauland als zentrales Handlungsfeld der Wohnungspolitik identifiziert. Auch dies war vom Verband immer wieder adressiert worden.

Zu den verbesserten Anreizen für die Wohneigentumsbildung zählt für die Koalition, die „Wohnungsbauprämie als Anreizinstrument insbesondere für junge Menschen, frühzeitig mit der Ansparphase zu beginnen" beizubehalten. Ferner haben sich die Parteien darauf verständigt, die Wohnungsbauprämie „attraktiver gestalten" zu wollen; „dazu wollen wir die Einkommensgrenzen an die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung anpassen und den Prämiensatz erhöhen". Der Verband hatte zuvor mehrfach auf das „Herauswachsen" breiter Bevölkerungsschichten aus der Förderung allein aufgrund nominaler Lohnerhöhungen hingewiesen.

Fest eingeplant hat die Koalition die Einführung eines so genannten Baukindergeldes in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr, das über einen Zeitraum von zehn Jahren gezahlt wird. Das Baukindergeld soll bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Haushaltseinkommen pro Jahr und zusätzlich 15.000 Euro pro Kind gewährt werden.

Geprüft wird ein Bürgschaftsprogramm der KfW, das einen Teil des Kaufpreises bzw. der Baukosten selbstgenutzten Wohneigentums absichern soll.

## FÖRDERUNG DER BETRIEBLICHEN UND PRIVATEN ALTERSVORSORGE

Zum 1. Januar 2018 ist das Betriebsrentenstärkungsgesetz in Kraft getreten, das auch Verbesserungen bei der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge vorsieht, darunter die Anhebung der Grundzulage auf 175 Euro jährlich. Auch für die Eigenheim-Rente sind Neuerungen wirksam geworden. Beispielsweise wurde mit dem Verzicht auf eine Besteuerung bei Wiederaufnahme der Selbstnutzung von Wohneigentum innerhalb von fünf Jahren eine wichtige Regelungslücke geschlossen.

Die Diskussion über ein, wie auch immer geartetes, staatliches Standardprodukt zur kapitalgedeckten Altersvorsorge hat im Berichtsjahr zwar keine neuen Impulse erfahren. Gänzlich verebbt ist sie aber nicht. Der Koalitionsvertrag sieht

einen Dialogprozess mit der Versicherungswirtschaft zur Einführung eines „attraktiven standardisierten Riester-Produkts“ vor. Die Verbandsaktivitäten richteten sich darauf, innerhalb des bestehenden Förderrahmens Verbesserungen zu erzielen und unter Verweis auf positive Urteile des „Wohn-Riesters“ durch unabhängige Verbraucherschützer (u.a. Finanztest) das selbstgenutzte Wohneigentum als vierte Säule der Altersvorsorge zu positionieren.

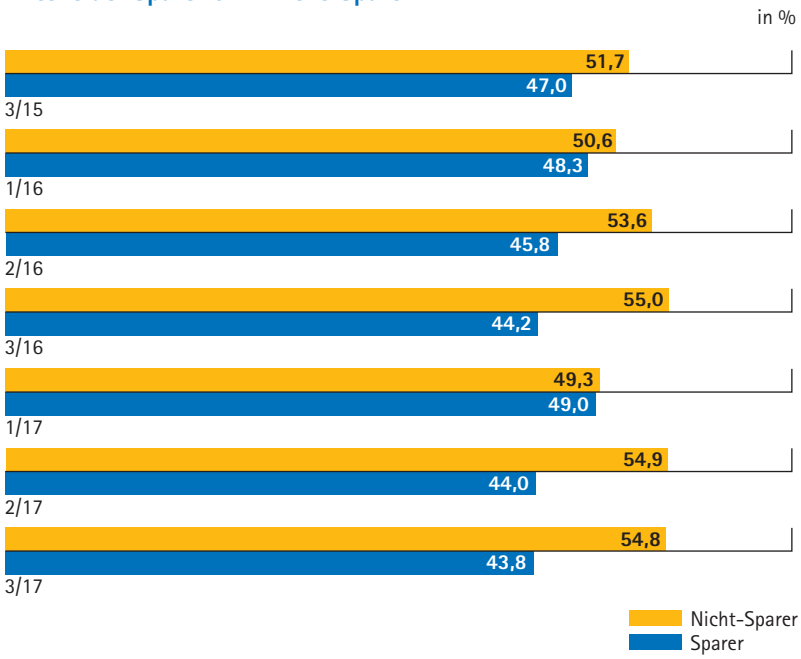
# Umfragen zum „Sparklima“ in Deutschland

Im Auftrag des Verbands hat das Marktforschungsinstitut KANTAR TNS 2017 drei weitere repräsentative Umfragen zum Sparverhalten in Deutschland (2.000 Telefoninterviews) durchgeführt. Der Sparklimaindex sank von -2,6 zu Jahresbeginn 2017 auf – 4,1 zum Jahresende hin ab. Die Ergebnisse stellen sich im Einzelnen folgendermaßen dar:

## Sparer/Nichtsparer

Im Herbst 2017 sparten 44 Prozent der Deutschen für einen bestimmten Zweck. Damit blieb der Wert ungefähr auf dem Niveau der Messung des Vorjahres.

### Anteile der Sparer bzw. Nicht-Sparer



## Sparziele

Als wichtigste Motive der Sparer wurden folgende Sparziele genannt (Anteile in Prozent):

| | 3/17 | 2/17 | 1/17 | 3/16 | 2/16 | 1/16 | 3/15 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Altersvorsorge: | 51,7 | 57,8 | 57,7 | 53,5 | 56,1 | 59,0 | 59,8 |
| Konsum/Anschaffungen (Autokauf o. ä.): | 51,1 | 53,9 | 60,6 | 57,1 | 55,9 | 60,6 | 53,0 |
| Erwerb/Renovierung von Wohneigentum: | 40,7 | 46,0 | 42,3 | 38,7 | 44,3 | 43,4 | 44,4 |
| Kapitalanlage: | 23,7 | 26,6 | 28,5 | 26,3 | 26,4 | 28,0 | 30,3 |
| Notgroschen/Reserve: | 5,4 | 3,3 | 3,4 | 4,0 | 6,9 | 4,6 | 4,1 |
| Ausbildung der Kinder: | 3,4 | 3,2 | 2,9 | 3,0 | 3,9 | 4,9 | 3,9 |
| Sonstiges: | 3,8 | 5,2 | 5,0 | 5,7 | 5,6 | 4,7 | 5,6 |

(Die Summe dieser Anteile ergibt mehr als 100 %, d. h., es wurden teilweise mehrere Sparziele angegeben.)

Die Sparmotive „Altersvorsorge" und „Konsum/Anschaffungen" wurden dabei seltener genannt als ein Jahr zuvor. Das Sparmotiv „Wohneigentum" lag nur knapp über dem Vergleichswert des Jahres 2016, bei dem es so selten genannt wurde wie nie zuvor in der Umfragereihe.

## Zukünftiges Sparverhalten

Auf die Frage über das künftige Sparverhalten gab es folgende Antworten (Anteile in Prozent):

| | 3/17 | 2/17 | 1/17 | 3/16 | 2/16 | 1/16 | 3/15 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Mehr: | 7,3 | 8,1 | 7,7 | 9,6 | 8,4 | 8,5 | 7,7 |
| Weniger: | 11,4 | 10,7 | 10,3 | 9,9 | 9,9 | 10,0 | 9,5 |
| Etwa gleich viel: | 71,8 | 72,7 | 73,5 | 73,5 | 73,3 | 73,8 | 74,5 |
| Weiß nicht und keine Angabe: | 9,4 | 6,0 | 8,5 | 7,0 | 8,4 | 7,7 | 8,3 |

Mit Blick auf die Haushalte, die künftig mehr sparen wollen, gab es im Oktober 2017 einen signifikanten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Wie zuvor war es ausschließlich die Zielgruppe der 14- bis 29-Jährigen, die mit rund 22 Prozent überdurchschnittlich häufig angab, das Sparvolumen künftig zu erhöhen.

## Gründe für steigendes Sparvolumen

Bei den Haushalten, die künftig mehr sparen wollen, lagen folgende Gründe vor (Anteile in Prozent):

| | 3/17 | 2/17 | 1/17 | 3/16 | 2/16 | 1/16 | 3/15 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Allgemeines Sparen für die Zukunft/Notgroschen: | 26,2 | 22,0 | 39,3 | 16,1 | 26,3 | 24,8 | 20,0 |
| Größere Anschaffungen: | 26,0 | 21,9 | 23,1 | 15,2 | 22,1 | 23,3 | 14,1 |
| Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung: | 23,2 | 34,9 | 18,2 | 36,6 | 24,3 | 16,9 | 22,3 |
| Urlaub: | 21,0 | 11,0 | 18,0 | 9,9 | 24,4 | 16,8 | 8,5 |
| Immobilienerwerb/ Modernisierung: | 14,6 | 14,4 | 11,9 | 8,6 | 10,6 | 8,3 | 4,7 |
| Steigendes Konsumbedürfnis: | 12,8 | 7,7 | 10,3 | 8,7 | 7,7 | 11,7 | 7,0 |
| Unsichere Altersvorsorge: | 9,2 | 13,6 | 9,0 | 8,2 | 12,1 | 8,0 | 7,5 |
| Steigende Ausgaben: | 7,1 | 17,8 | 18,4 | 12,4 | 12,6 | 8,4 | 15,7 |
| Arbeitslosigkeit: | 6,4 | 6,3 | 2,0 | 0,1 | 0,5 | 5,9 | 2,3 |
| Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation: | 5,8 | 4,8 | 9,2 | 3,7 | 9,9 | 6,0 | 2,7 |
| Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen: | 5,7 | 4,6 | 2,8 | 6,8 | 4,9 | 5,5 | 6,5 |

Bemerkenswert ist hier vor allem der Zuwachs bei den Begründungen „Notgroschen" und „Größere Anschaffungen" bei einem gleichzeitigen Rückgang der Begründung „Berufliche Veränderung.

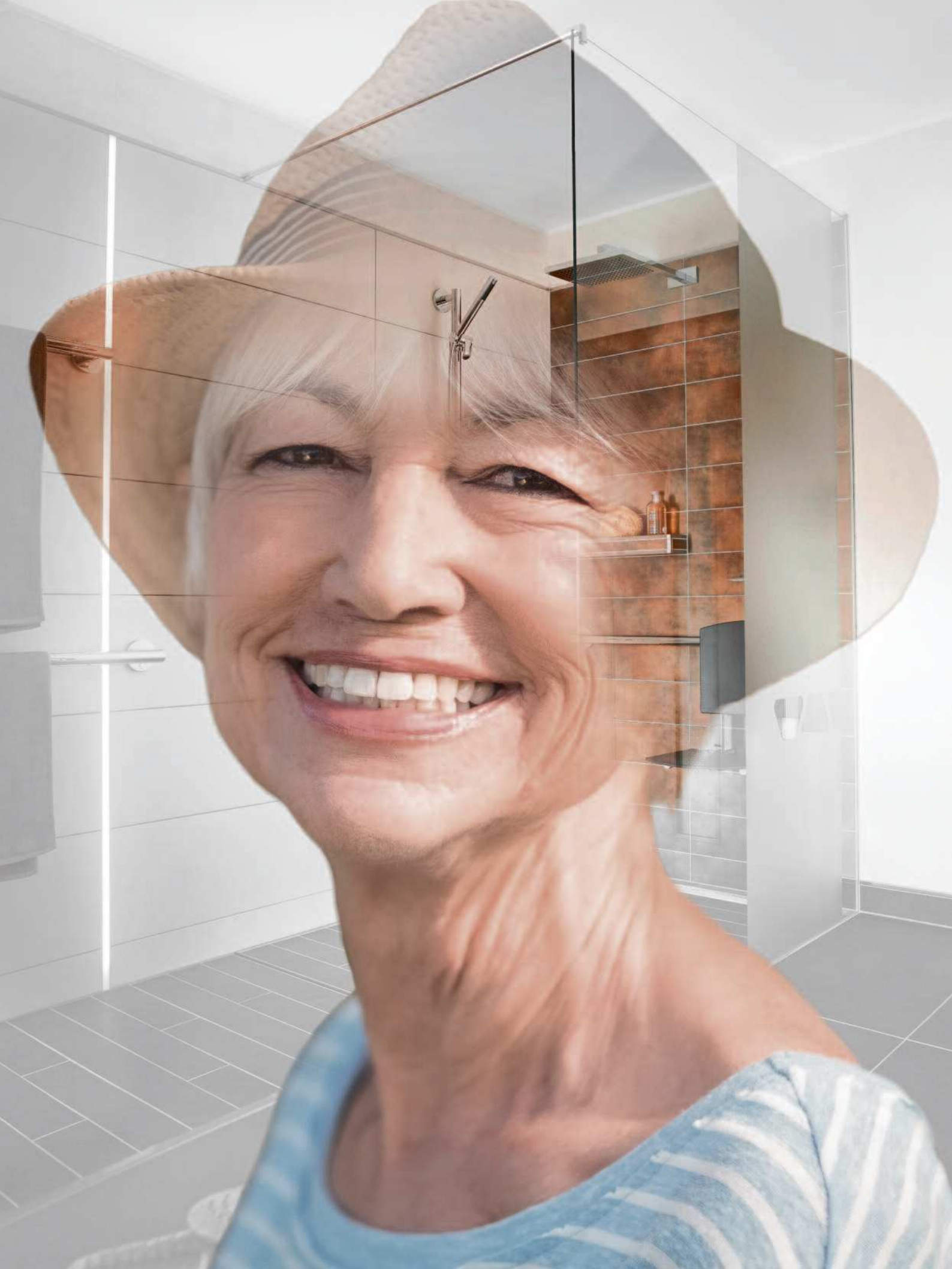
## Gründe für sinkendes Sparvolumen

Bei den Haushalten, die künftig weniger sparen wollen, lagen folgende Gründe vor (Anteile in Prozent):

| | 3/17 | 2/17 | 1/17 | 3/16 | 2/16 | 1/16 | 3/15 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Steigende Ausgaben/ Lebenshaltungskosten: | 22,2 | 19,2 | 20,6 | 22,5 | 32,3 | 28,8 | 24,5 |
| Sparen macht keinen Sinn: | 16,2 | 15,0 | 14,1 | 11,4 | 15,6 | 10,6 | 9,2 |
| Unsichere Altersvorsorge: | 13,1 | 15,6 | 12,1 | 6,3 | 11,1 | 12,0 | 9,2 |
| Steigendes Konsumbedürfnis: | 12,2 | 13,4 | 11,8 | 12,6 | 5,0 | 3,5 | 12,8 |
| Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen: | 12,1 | 20,8 | 19,7 | 12,9 | 17,9 | 21,2 | 15,6 |
| Urlaub: | 11,2 | 12,8 | 6,9 | 3,2 | 13,3 | 11,4 | 2,4 |
| Immobilienerwerb/ Modernisierung: | 11,1 | 7,5 | 13,9 | 10,0 | 7,5 | 10,5 | 2,6 |
| Größere Anschaffungen: | 10,4 | 9,7 | 10,9 | 3,6 | 3,8 | 6,6 | 8,5 |
| Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung: | 8,9 | 18,2 | 7,5 | 6,9 | 6,9 | 12,3 | 5,0 |
| Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation: | 5,4 | 11,2 | 18,1 | 13,6 | 9,7 | 8,5 | 13,5 |
| Arbeitslosigkeit: | 4,7 | 5,0 | 2,6 | 4,4 | 14,2 | 1,4 | 7,3 |

Die „Allgemeine politische/wirtschaftliche Situation" wurde im Herbst 2017 nicht mehr so kritisch gesehen wie ein Jahr zuvor. Dafür häufte sich die Aussage „Sparen macht keinen Sinn".

Rechtzeitig geplant und solide finanziert
ermöglicht ein barrierefreies Badezimmer auch im Alter
komfortables Wohnen.



## Auskunftsersuchen der Bankenaufsicht zur Ertragslage

Die Deutsche Bundesbank und die BaFin richteten im April 2017 eine Umfrage zur Ertragslage und Widerstandsfähigkeit an die sogenannten LS-Institute (less significant institutions) – außer an Bausparkassen. Nach Aussage der Bankenaufsicht sollen die Ergebnisse der Umfrage in den aufsichtlichen Überprüfungsprozess einfließen und Grundlage für die Ermittlung der Eigenmittelzielkennziffer sein. Im Mai hat die Bankenaufsicht dann die Bausparkassen um Auskünfte zur Ertragslage im Niedrigzinsumfeld und um bausparspezifische Ausführungen gebeten.

Die Bundesbank und die BaFin haben die Öffentlichkeit am 30. August 2017 über die Ergebnisse der Niedrigzinsumfrage informiert. Sie haben zu den Ergebnissen bei den Bausparkassen festgestellt, dass das aktuelle Niedrigzinsumfeld zwar die Ertragskraft der Bausparkasse belaste. Die Szenarioberechnungen zeigten aber, dass sich die Ertragslage bei anhaltend niedrigen oder steigenden Zinsen im Zeitablauf stabilisiert. Bei einem weiter fallenden Marktzinsniveau hingegen würde sich der Druck auf die Ertragslage weiter fortsetzen. Bekanntlich sind die Zinsen seit der Umfrage etwas angestiegen, beispielsweise die Umlaufsrendite der inländischen Inhaberschuldverschreibungen von 0,2 auf 0,5 Prozent.

## Anlage verfügbaren Geldes in „anderen Schuldverschreibungen" mit Rückführungsoption

Die BaFin erörterte mit beiden Bausparkassenverbänden im April 2017, unter welchen Umständen eine Geldanlage der Bausparkassen in „anderen Schuldverschreibungen" im Sinne des § 4 Abs. 3 Nr. 5 Bausparkassengesetz, die eine marktgängige Rückführungsoption enthalten, zulässig sein kann. Im September 2017 teilte sie mit, sie halte Schuldverschreibungen mit Rückführungsoption dann für eine zulässige Anlage, „wenn von der Option kein Liquiditätsrisiko im eigentlichen Sinn ausgeht, die wirtschaftlichen Risiken durch einen zuvor festgelegten, marktgerechten Rückkaufpreis oder eine in den Bedingungen zuvor festgelegte Ausgleichszahlung vollständig aufgefangen werden und ohne die Zulässigkeit dieser Schuldverschreibungen als Geldanlage eine Marktverknappung in einem für Bausparkassen wichtigen Anleihemarktsegment drohen würde."

Bezogen auf die von den Bausparkassenverbänden genannten unterschiedlichen Arten von Rückführungsoptionen ist die BaFin zu dem Ergebnis gekommen,

- dass Schuldverschreibungen mit Make-Whole-Klausel oder Par-Call-Klausel zulässig sein können,
- dass aber Schuldverschreibungen mit Clean-Up-Klausel oder Soft-Bullet-Klausel keine zulässige Anlageform darstellen würden.

## Eigenkapitalanforderungen des Baseler Ausschusses

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht schloss die in den Jahren 2014 bis 2016 in mehreren Konsultationen diskutierten Änderungen und Ergänzungen des sogenannten Basel III-Regelwerks ab und veröffentlichte im Dezember 2017 das umfassende Papier zu „Finalising post-crisis reforms". Bis zuletzt umstritten waren die Untergrenzen für die Kapitalunterlegung auf der Grundlage der Standardansätze für das Kredit-, das Markt- und das operationelle Risiko, die nun auf 72,5 Prozent der risikogewichteten Aktiva festgelegt worden sind. Darüber hinaus ist insbesondere die gestreckte Implementierungsphase – grundsätzlich bis zum 1. Januar 2022, bezüglich der genannten Untergrenzen bis zum 1. Januar 2027 – bemerkenswert.

# EU-Vorschriften über eine angemessene Eigenkapitalausstattung

Die Kommission hatte im November 2016 mehrere Vorschläge für Änderungen am bankaufsichtlichen Regelwerk vorgelegt. Insbesondere sollen die Verordnung über Aufsichtsanforderungen (CRR) und die Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung (CRD) geändert werden. Im November 2017 wurden die Berichtsentwürfe des Europäischen Parlaments zur CRR/CRD-Reform fertiggestellt.

## ANWENDUNG DER LEVERAGE RATIO AUF BAUSPARKASSEN

Mit dem Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zur CRR wurde das von der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) vorgebrachte Anliegen, bei der Berechnung der Leverage Ratio ein Netting der Vor- und Zwischenfinanzierungskredite mit den Bausparguthaben auf den zugrundeliegenden Bausparverträgen einzuführen, berücksichtigt. Der Berichterstatter hat den entsprechenden Änderungsantrag wie folgt begründet:

„Bei Vor-/Zwischenfinanzierungen durch Bausparkassen erhöhen Tilgungszahlungen das Bausparguthaben, lassen den Forderungsbetrag der Bausparkasse unverändert und erhöhen das Bilanzvolumen, obwohl das Guthaben bei Bedarf

mit dem Forderungsbetrag verrechnet werden kann. Bei regulären Darlehen führt die Tilgung zur Verringerung des Forderungsbetrags und des Bilanzvolumens. Deshalb soll bei der Berechnung der Leverage Ratio die Verrechnung des Bauspardarlehens mit dem Bausparvertrag ermöglicht werden."

## ANWENDUNG DES IRB-ANSATZES

Die European Banking Authority (EBA) hatte in den letzten Jahren unter Berufung auf Verpflichtungen aus der CRR mehrere Vorschläge zum IRB-Ansatz für das Kreditrisiko unterbreitet, um einer ungerechtfertigten Variabilität der Ergebnisse von internen Modellen entgegenzuwirken. Die Vorschläge laufen aber auf eine erhebliche Einschränkung der Methodenfreiheit der Institute hinaus.

Die EBA legte im März 2017 ein weiteres Konsultationspapier zur Modellvalidierung vor. Mit den entworfenen Standards soll der sogenannte Economic Downturn für die Schätzung von Risikoparametern spezifiziert werden. Die EuBV hat den von der EBA präferierten, sehr aufwendigen und komplexen Ansatz kritisiert und sich dafür ausgesprochen, stattdessen generelle Grundsätze niederzulegen, die es den Instituten bei Beibehaltung der Methodenfreiheit erlauben, sachgerechte Ansätze entsprechend ihrer Portfolien zu verfolgen.

Die EBA hat die finalen Leitlinien zur Schätzung von Risikoparametern und zur Behandlung von ausgefallenen Forderungen im November 2017 bekannt gemacht. Sie erwartet, dass durch die Berücksichtigung der Leitlinien in den meisten Ratingsystemen Änderungsbedarf entstehen wird, und geht auch davon aus, dass die Modelle nach materiellen Änderungen erneut durch die Bankenaufsicht abzunehmen sein werden. Die Leitlinien sollen ab dem 1. Januar 2021 zur Geltung kommen.

# Risikomanagement

## MINDESTANFORDERUNGEN AN DAS RISIKOMANAGEMENT

Die BaFin hatte im Februar 2016 den Entwurf einer neuen Fassung der MaRisk vorgelegt. Die Mindestanforderungen sollten die Grundsätze des Baseler Ausschusses für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung und die Leitlinien der EBA zum aufsichtlichen Überprüfungsprozess von 2014 berücksichtigen. Außerdem sollten die Grenzen von Auslagerungslösungen und die institutsinterne Überwachung von ausgelagerten Prozessen und Aktivitäten stärker betont sowie verschiedene Anforderungen an das Kreditgeschäft geschärft werden.

Beide Bausparkassenverbände hatten zu dem Entwurf ausführlich Stellung genommen. Die BaFin setzte die wesentlichen Anliegen der Bausparbranche um.

Im Oktober 2017 hat die BaFin die neue Fassung der MaRisk bekannt gemacht und damit zugleich in Kraft gesetzt. Um den Instituten ausreichend Umsetzungszeit zu gewähren, sind Anforderungen, die im MaRisk-Kontext inhaltlich neu sind, spätestens bis zum 31. Oktober 2018 umzusetzen.

## MANAGEMENT DES ZINSÄNDERUNGSRISIKOS

Beide Bausparkassenverbände hatten den Dialog mit der BaFin und der Deutschen Bundesbank über die Steuerung des Zinsänderungsrisikos bei Bausparkassen und die sachgerechte Berücksichtigung der Besonderheiten des Bausparens Ende 2016 grundsätzlich abschließen können. Die BaFin legte im April 2017 einen Vorentwurf eines neuen Rundschreibens zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch vor. Die Bausparkassenverbände sahen keinen Bedarf, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen.

Die BaFin hat im Oktober 2017 den offiziellen Entwurf eines neuen Rundschreibens zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch herausgegeben. Bis zur Finalisierung des Rundschreibens gilt die Fassung aus dem Jahre 2011.

Die EBA hat im Oktober 2017 Konsultationspapiere zur Überarbeitung ihrer Leitlinien zum aufsichtlichen Überprüfungsprozess und zum Management des Zinsänderungsrisikos veröffentlicht. Bei den Leitlinien zum Zinsänderungsrisiko sollen zu dem bisherigen Standard-Zinsschock (mit dem Ausreißer-Kriterium eines Barwertverlustes von mehr als 20 Prozent der Eigenmittel) nun die vom Baseler Ausschuss definierten sechs Zinsschocks (mit dem Ausreißer-Kriterium eines Barwertverlustes von mehr als 15 Prozent des Kernkapitals in mindestens einem der Szenarien) für den Zweck einer Frühwarnung hinzukommen.

Die neuen Leitlinien sollen zum 1. Januar 2019 eingeführt und erstmals auf den aufsichtlichen Überprüfungsprozess in 2019 angewendet werden. Der neue Ausreißer-Test soll von kleineren und mittleren Instituten erst zum 30. Juni 2019 einzuführen sein.

## ANFORDERUNGEN AN VERGÜTUNGSSYSTEME

Die BaFin hatte im August 2016 den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung vorgelegt, um die Leitlinien der EBA für eine solide Vergütungspolitik umzusetzen. Der Verband nahm im September 2016 schriftlich und in einer Anhörung in dem Sinne Stellung, dass der Verhältnismäßigkeit und der Angemessenheit des Risikomanagements besser Rechnung getragen werden sollte. Aus dem Verordnungsentwurf ist dementsprechend die Ausweitung der Verpflichtung, die Risikoträger zu identifizieren, auf alle Institute gestrichen worden.

Die Verordnung zur Änderung der Institutsvergütungsverordnung vom 25. Juli 2017 ist am 4. August 2017 in Kraft getreten.

## Allgemeine Verbraucherschutzdiskussion

Nachdem die BaFin durch die Änderung im FinDAG ermächtigt worden ist, den kollektiven Verbraucherschutz im Finanzdienstleistungsbereich zu überwachen, und die Verbraucherzentralen in ihrer Aufgabe als Marktwächter im Bereich Finanzen gestärkt wurden, hat der Verband einen engen Austausch mit den Verbraucherzentralen des Bundes und der Länder gesucht. Dabei standen die Themenkomplexe vorzeitige Rückzahlung, Vorfälligkeitsentschädigung und Abmahnungen bezüglich Entgelte sowie die vorvertraglichen Informationspflichten nach der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie, insbesondere bei Voraus- und Zwischenkrediten, im Vordergrund. Der Verband war auch Mitglied der Expertengruppe im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz zur Erarbeitung eines Berichts zur Vorfälligkeitsentschädigung und arbeitete in einem weiteren Gremium an der Präzisierung der Kreditwürdigkeitsprüfungspflichten mit.

Auch die verschiedenen Vorschläge zur Einführung von Musterfeststellungsklagen bzw. Sammelklagen wurden in Berlin und Brüssel konstruktiv begleitet. Für das deutsche Rechtssystem sieht der Verband keine Notwendigkeit zur Einführung derartiger Regeln, da das UKlaG und das KapMuG sowie die Garantie des rechtlichen Gehörs und die Vorgaben der Kostentragungspflicht nur bei Unterliegen im Prozess ausreichend erscheinen, um den Prozessparteien die Möglichkeit zu geben, ihre Ansprüche auch gerichtlich durchzusetzen.

Wer im Alter keine Miete zahlen muss,
hat mehr Freiraum für andere schöne Dinge.

CLEMENS XII· PONT· MAX·
COPIA ET SALVBRITATE COMMENDATAM
CVIVS MAGNIFICO ORNAVIT
ANNO DOMINI MDCCXXXV· PONTIF· VI·

## Umsetzung der Wohnimmobilienkredit-richtlinie

Im Nachgang zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie vom März 2016 nahm der Verband an zahlreichen Veranstaltungen im Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz teil, in denen es darum ging, die zivilvertraglichen Anforderungen an die Kreditwürdigkeitsprüfung zu präzisieren, um insbesondere den Ausschluss von Kreditnehmern aufgrund ihres jungen oder höheren Alters zu vermeiden.

Zu diesem Zweck setzte er sich gegenüber der EU-Kommission und dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz dafür ein, dass nicht auf das individuelle Einkommen des Darlehensnehmers abgestellt werden soll, sondern auf das Gesamt- bzw. Haushaltseinkommen, so wie es sich auch aus den Erwägungsgründen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und den EBA-Leitlinien ergibt.

## Kündigung von Bausparverträgen

Durch die Nullzinspolitik der EZW waren die Bausparkassen in den letzten Jahren gezwungen, alte Bausparverträge zu kündigen. Dabei wurden verschiedene Vorschriften aus dem Zivilrecht herangezogen, die zwischenzeitlich von der Rechtsprechung bestätigt wurden.

Zum einen sind vollbesparte Bausparverträge nach § 488 Abs. 3 BGB gekündigt worden. Diese Kündigungsnorm ist von Oberlandesgerichten und dem BGH unstreitig als rechtmäßig gewertet worden.

Daneben haben Bausparkassen Bausparverträge zehn Jahre nach Zuteilungsreife gemäß § 489 Abs. 1 Nr. 2 BGB gekündigt. Hierzu hat der BGH im Berichtszeitraum vier Urteile und einige Hinweisbeschlüsse zugunsten der Bausparkassen erlassen. Eine dagegen eingelegte Verfassungsbeschwerde wurde ohne Begründung abgewiesen.

Der Verband selbst wurde wegen der Empfehlung von vertraglichen Kündigungsregeln in § 15 der Muster-ABB verklagt. In erster Instanz konnte zumindest die Klausel, die der Bausparkasse das Recht gibt, 15 Jahre nach Vertragsbeginn den Vertrag kündigen zu können, wenn der Bausparer in diesem Zeitraum die Zuteilung nicht angenommen hat, erfolgreich verteidigt werden.

## Regulierung von Vermittlern

Nach Umsetzung der Versicherungsvermittlungsrichtlinie II und von MiFID II in nationales Recht wurden die die entsprechenden Regulierungsinitiativen auf der zweiten Ebene eng begleitet. Gleiches gilt für die Gesetzesinitiative zur Regulierung der Berufszugangsregeln für gewerbliche Immobilienmakler und Wohnimmobilienvermittler.

## Datenschutz

Die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung) ist bereits am 4. Mai 2016 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden und wird nach der vorgesehenen zweijährigen Übergangsfrist ab dem 25. Mai 2018 unmittelbar in allen Mitgliedstaaten gelten. Ziel der Datenschutz-Grundverordnung ist es, ein gleichwertiges Schutzniveau für die Rechte und Freiheiten von natürlichen Personen bei der Verarbeitung von Daten in allen Mitgliedstaaten zu schaffen und die als veraltet geltende Datenschutz-Richtlinie an den technologischen Fortschritt anzupassen.

Die Datenschutz-Grundverordnung sieht eine Reihe von Öffnungsklauseln für den nationalen Gesetzgeber vor und enthält konkrete an die Mitgliedstaaten gerichtete Regelungsaufträge, welchen der deutsche Gesetzgeber mit der Reform des Bundesdatenschutzgesetzes nachgekommen ist, welches ebenfalls am 25. Mai 2018 in Kraft treten wird.

Angesichts der erheblichen Auswirkungen, die die Neuordnung des Datenschutzrechts auch auf die Praxis der Bausparkassen hat, hat der Verband das Gesetzgebungsverfahren auf europäischer und auf nationaler Ebene eng begleitet, seine Mitglieder frühzeitig über die neuen Regelungen informiert und durch viele verschiedene Maßnahmen bei der Umsetzung der neuen Vorgaben unterstützt.

Gegenstand der zahlreichen Besprechungen der Datenschutzbeauftragten der Bausparkassen war auch der Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation (die sog. „ePrivacy-Verordnung"), die nach dem voraussichtlichen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens auf europäischer Ebene im Jahr 2019 frühestens ab dem Jahr 2020 die Datenschutz-Grundverordnung im Bereich der elektronischen Kommunikation ergänzen und somit auch für die Bausparkassen von Relevanz sein wird.

# Schlichtungsverfahren der privaten Bausparkassen

Nachdem im Jahr 2016 u. a. mit der Erarbeitung einer neuen Verfahrensordnung für das Schlichtungsverfahren die Voraussetzungen für eine Anerkennung der Schlichtungsstelle nach den neuen gesetzlichen Vorgaben geschaffen wurden*, stand im Jahr 2017 wieder die Bearbeitung der in den Vorjahren eingegangenen Beschwerden und der im Jahr 2017 eingegangenen Anträge auf Schlichtung im Vordergrund der Tätigkeit der Schlichtungsstelle.

Dementsprechend konnten im Berichtszeitraum alle vereinzelt noch aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 stammenden offenen Verfahren abgeschlossen werden. Insgesamt waren in diesen drei Jahren 13.790 Verfahren (2014: 8.036, 2015: 4.234 und 2016: 1.520 Verfahren) bei der Schlichtungsstelle eingegangen.

Zu diesem Fortschritt maßgeblich beigetragen hat die Bestellung eines weiteren Schlichters im Sommer 2017. So unterstützt Dr. Bernd Müller-Christ-

*) Die Schlichtungsstelle Bausparen des Verbandes ist mit Bescheid des Bundesamtes für Justiz am 30. Januar 2017 mit Wirkung zum 1. Februar 2017 als Verbraucherschlichtungsstelle gemäß § 14 Abs. 3 Satz 1 UKlaG in Verbindung mit § 11 Abs. 1 FinSV anerkannt worden. Das Bundesamt für Justiz hat damit offiziell bestätigt, dass die vom Verband getragene Schlichtungsstelle den organisatorischen und fachliche Anforderungen an Schlichtungsstellen im Finanzbereich nach § 14 Abs. 2 und 3 UKlaG und der Finanzschlichtungsstellenverordnung entspricht.

mann, ehemals Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe, seit 1. August 2017 Dr. Michael Klein, Gabriele Meister und Dr. Winfried Delitzsch bei ihrer Tätigkeit als Schlichter der privaten Bausparkassen.

Im Jahr 2017 sind insgesamt 2.038 Anträge auf Schlichtung bei der Schlichtungsstelle des Verbandes eingegangen, die nach der neuen, seit 1. Januar 2017 geltenden Schlichtungsstellen-Verfahrensordnung zu behandeln waren bzw. sind. Davon unterfielen 2.012 Anträge der Zuständigkeit der Schlichtungsstelle. Die übrigen 26 Verfahren wurden entsprechend der Verfahrensordnung an die jeweils zuständigen Verbraucherschlichtungsstellen abgegeben.

Die weit überwiegende Zahl der eingegangenen Anträge befasste sich erneut mit der Kündigung von Bausparverträgen durch die Bausparkassen. Auf dieses Sachgebiet entfielen insgesamt 959 Anträge. In insgesamt 360 Anträgen ging es um die Erstattung von Gebühren, wie beispielsweise der Darlehens- oder der Kontogebühr, weiteren Entgelten, Auslagen oder ähnlichem. Am dritthäufigsten gaben nichtgewährte Vergünstigungen, wie z. B. eine Bonusverzinsung oder eine Treueprämie, mit insgesamt 149 Anträgen Anlass zur Einleitung eines Schlichtungsverfahrens.

Von den 2.012 Verfahren sind per 15. Mai 2018 insgesamt 1.692 Verfahren, d. h. beinahe 85 Prozent der Verfahren abgeschlossen.

749 Verfahren konnten dabei im Vorfeld einer Entscheidung durch die Schlichter beendet werden. In 304 Fällen nahmen die Antragsteller aus nicht näher bekannten Gründen von der weiteren Verfolgung ihres Anliegens Abstand. In 148 Fällen halfen die Bausparkassen dem Begehren des Antragstellers vollumfänglich ab, und in 297 Fällen kam es in dieser frühen Phase des Verfahrens zu einem Vergleich zwischen den Parteien.

Bislang 943 Verfahren wurden durch die Schlichter abgeschlossen. In 462 Verfahren konnte allerdings keine Entscheidung in der Sache ergehen, da einer solchen ein in der Verfahrensordnung vorgegebener Ablehnungsgrund, z. B. das Vorliegen einer höchstrichterlich noch nicht entschiedenen Grundsatzfrage oder der Eintritt der Verjährung des geltend gemachten Anspruchs, entgegenstand. Diese Verfahren wurden durch einen Beschluss der Schlichter beendet.

In 481 Verfahren erließen die Schlichter einen Schlichtungsvorschlag. In 339 Fällen ging der Schlichtungsvorschlag zugunsten der Bausparkassen, in 76 Fällen zugunsten der Antragsteller aus. In 66 Fällen wurde den Parteien ein Vergleichsvorschlag unterbreitet. Von den 481 Schlichtungsvorschlägen wurden 135 Vorschläge von beiden Parteien angenommen. Werden in diese Betrachtung die im Vorfeld durch Abhilfe oder Vergleich erledigten Verfahren einbezogen, konnte bisher in insgesamt 580 Fällen eine Einigung erzielt werden.

Auch im Jahr 2018 wird das Verfahren zur außergerichtlichen Streitbeilegung gut angenommen. Bis zum 15. Mai 2018 gingen rund 550 Anträge auf Schlichtung bei der Schlichtungsstelle ein. Der Eingang liegt damit leicht unter dem Vorjahresniveau.

Die Schlichtungsstelle des Verbandes hat auch im Jahr 2017 wieder an den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des FIN-NET, des europäischen Netzwerks der Schlichtungsstellen für Finanzdienstleistungen (Financial Dispute Resolution Network) sowie an vielen weiteren Veranstaltungen teilgenommen und dabei den Gedanken der außergerichtlichen Streitbeilegung weiter gefördert.

Eigene vier Wände sind die einzige Form der Altersvorsorge,
in der es sich schon in jungen Jahren gut leben lässt.

# Verzeichnis der Tabellen

**Tabelle 1**
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 2**
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2016 und 2018

**Tabelle 3**
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 4**
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017 (jeweils per 31.12.)

**Tabelle 5**
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 6**
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 7**
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2017

**Tabelle 8**
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2017

**Tabelle 9**
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2015 bis 2017

**Tabelle 10**
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017 (jeweils per 31.12.)

**Tabelle 11**
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017 (jeweils per 31.12.)

**Tabelle 12**
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2017

**Tabelle 13**
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 14**
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 15**
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 16**
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 17**
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

**Tabelle 18**
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2017

**Tabelle 19**
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2017

**Tabelle 20**
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2017

**Tabelle 21**
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2017

**Tabelle 22**
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2012 bis 2017

**Tabelle 23**
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2012 bis 2017

**Tabelle 24**
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

## Tabelle 1:
## Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Auszahlungen nach Zuteilung[1] | | Auszahlungen an Vor- und Zwischenkrediten | | Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen | | Auszahlungen insgesamt |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | Anteil % | Mio. € | Anteil % | Mio. € | Anteil % | Mio. € |
| 2008 | 26.126,9 | 63,9 | 12.355,1 | 30,2 | 2.384,7 | 5,8 | 40.866,7 |
| 2009 | 19.329,5 | 58,3 | 11.633,7 | 35,1 | 2.207,8 | 6,7 | 33.171,0 |
| 2010 | 16.619,5 | 55,0 | 11.647,1 | 38,6 | 1.935,8 | 6,4 | 30.202,3[2] |
| 2011 | 17.847,2 | 54,2 | 12.908,5 | 39,2 | 2.183,7 | 6,6 | 32.939,4 |
| 2012 | 17.397,7 | 52,2 | 14.049,3 | 42,2 | 1.871,0 | 5,6 | 33.318,0 |
| 2013 | 16.653,2 | 49,5 | 15.189,1 | 45,2 | 1.768,0 | 5,3 | 33.610,3 |
| 2014 | 15.085,6 | 46,6 | 15.610,7 | 48,2 | 1.694,2 | 5,2 | 32.390,4[2] |
| 2015 | 17.709,8 | 47,8 | 17.379,6 | 46,9 | 1.976,9 | 5,3 | 37.066,3 |
| 2016 | 14.173,4 | 42,7 | 16.647,8 | 50,2 | 2.334,8 | 7,0 | 33.156,0 |
| 2017 | 13.785,7 | 42,2 | 16.149,1 | 49,4 | 2.747,1 | 8,4 | 32.681,9 |

1) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge. Bauspareinlagen und Bauspardarlehen.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 2:
## Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2016 und 2017

| Bundesland | 2016 | | | | 2017 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1] | | Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2] | | Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1] | | Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2] | |
| | Anzahl | % | Mio. € | % | Anzahl | % | Mio. € | % |
| Schleswig-Holstein | 16.224 | 4,3 | 1.182,3 | 3,6 | 14.168 | 4,1 | 1.123,5 | 3,5 |
| Hamburg | 10.736 | 2,9 | 511,7 | 1,6 | 12.465 | 3,6 | 458,0 | 1,4 |
| Niedersachsen | 34.102 | 9,1 | 3.387,5 | 10,4 | 29.512 | 8,5 | 3.285,6 | 10,3 |
| Bremen | 2.638 | 0,7 | 188,0 | 0,6 | 2.947 | 0,8 | 182,7 | 0,6 |
| Nordrhein-Westfalen | 66.552 | 17,7 | 5.662,4 | 17,4 | 52.482 | 15,1 | 5.413,4 | 16,9 |
| Hessen | 26.936 | 7,2 | 2.308,8 | 7,1 | 26.801 | 7,7 | 2.273,0 | 7,1 |
| Rheinland-Pfalz | 17.363 | 4,6 | 2.062,8 | 6,3 | 15.661 | 4,5 | 2.024,3 | 6,3 |
| Baden-Württemberg | 52.473 | 14,0 | 6.020,4 | 18,5 | 44.232 | 12,7 | 6.119,4 | 19,1 |
| Bayern | 74.540 | 19,8 | 5.790,8 | 17,8 | 74.981 | 21,5 | 5.924,1 | 18,5 |
| Saarland | 2.463 | 0,7 | 587,4 | 1,8 | 2.123 | 0,6 | 574,0 | 1,8 |
| Berlin | 25.207 | 6,7 | 638,7 | 2,0 | 24.800 | 7,1 | 599,4 | 1,9 |
| Brandenburg | 14.274 | 3,8 | 940,5 | 2,9 | 16.302 | 4,7 | 896,4 | 2,8 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6.231 | 1,7 | 556,4 | 1,7 | 6.827 | 2,0 | 507,7 | 1,6 |
| Sachsen | 13.507 | 3,6 | 1.212,2 | 3,7 | 14.185 | 4,1 | 1.191,1 | 3,7 |
| Sachsen-Anhalt | 4.732 | 1,3 | 777,7 | 2,4 | 5.241 | 1,5 | 722,6 | 2,3 |
| Thüringen | 7.611 | 2,0 | 744,1 | 2,3 | 5.401 | 1,6 | 704,6 | 2,2 |
| **Deutschland** | **375.589** | **100,1** | **32.571,6[3]** | **100,1** | **348.128** | **100,1** | **32.000,1[3]** | **100,0** |

1) In Wohn- und Nichtwohnbauten. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.
Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 3:
## Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Anzahl | | Bausparsummen[1] | |
|---|---|---|---|---|
| | absolut | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) |
| a) In Westdeutschland[2] | | | | |
| 2008 | 2.915.707 | + 12,9 | 84.223,9 | + 8,7 |
| 2009 | 2.502.853 | - 14,2 | 75.605,1 | - 10,2 |
| 2010 | 2.580.885 | + 3,1 | 80.039,3 | + 5,9 |
| 2011 | 2.607.083 | + 1,0 | 86.408,7 | + 8,0 |
| 2012 | 2.685.981 | + 3,0 | 88.196,9 | + 2,1 |
| 2013 | 2.760.181 | + 2,8 | 91.493,3 | + 3,7 |
| 2014 | 2.215.227 | - 19,7 | 82.260,7 | - 10,1 |
| 2015 | 2.130.974 | - 3,8 | 86.154,4 | + 4,7 |
| 2016 | 1.738.372 | 18,4 | 78.497,3 | - 8,9 |
| 2017 | 1.467.387 | - 15,6 | 73.985,8 | - 5,7 |
| b) In Ostdeutschland[2] | | | | |
| 2008 | 612.154 | + 16,7 | 13.137,2 | + 12,3 |
| 2009 | 508.696 | - 16,9 | 11.690,9 | - 11,0 |
| 2010 | 511.600 | + 0,6 | 12.134,3 | + 3,8 |
| 2011 | 504.472 | - 1,4 | 12.479,3 | + 2,8 |
| 2012 | 528.776 | + 4,8 | 13.330,5 | + 6,8 |
| 2013 | 522.571 | - 1,2 | 13.552,3 | + 1,7 |
| 2014 | 425.191 | - 18,6 | 12.033,9 | - 11,2 |
| 2015 | 396.896 | - 6,7 | 12.050,9 | + 0,1 |
| 2016 | 311.398 | - 21,5 | 10.538,8 | - 12,5 |
| 2017 | 253.553 | - 18,6 | 9.428,6 | - 10,5 |
| c) In Deutschland insgesamt[3] | | | | |
| 2008 | 3.549.190 | + 13,4 | 98.612,1 | + 9,0 |
| 2009 | 3.031.316 | - 14,6 | 88.481,6 | - 10,3 |
| 2010 | 3.113.057 | + 2,7 | 93.366,9 | + 5,5 |
| 2011 | 3.134.359 | + 0,7 | 100.188,7 | + 7,3 |
| 2012 | 3.236.257 | + 3,3 | 102.616,6 | + 2,4 |
| 2013 | 3.304.153 | + 2,1 | 106.110,1 | + 3,4 |
| 2014 | 2.660.229 | - 19,5 | 95.389,1 | - 10,1 |
| 2015 | 2.547.851 | - 4,2 | 99.350,9 | + 4,2 |
| 2016 | 2.068.670 | - 18,8 | 90.216,1 | - 9,2 |
| 2017 | 1.738.969 | - 15,9 | 84.607,8 | - 6,2 |

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.

3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

## Tabelle 4:
## Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017 (jeweils per 31.12.)

| Jahres-ende | Nicht zugeteilte Bausparverträge | | Zugeteilte Bausparverträge | | Bausparverträge insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | Bausparsummen (Mio. €) | Anzahl | Bausparsummen (Mio. €) | Anzahl | Bausparsummen (Mio. €) |
| 2008 | 26.050.335 | 646.269,5 | 4.470.267 | 107.675,1 | 30.520.602 | 753.944,6 |
| 2009 | 25.879.006 | 657.745,5 | 4.230.794 | 105.700,2 | 30.109.800 | 763.445,7 |
| 2010 | 26.042.228 | 679.687,2 | 3.940.697 | 100.933,6 | 29.982.925 | 780.620,8 |
| 2011 | 26.229.507 | 705.385,8 | 3.731.078 | 98.604,4 | 29.960.585 | 803.990,2 |
| 2012 | 26.534.415 | 732.802,4 | 3.447.216 | 91.906,4 | 29.981.631 | 824.708,7[1] |
| 2013 | 27.110.027 | 763.265,5 | 3.126.583 | 84.643,7 | 30.236.610 | 847.909,2 |
| 2014 | 27.303.987 | 786.871,8 | 2.830.262 | 78.341,0 | 30.134.249 | 865.212,9[1] |
| 2015 | 27.097.455 | 806.262,1 | 2.494.172 | 70.018,0 | 29.591.627 | 876.280,2[1] |
| 2016 | 26.620.571 | 820.641,6 | 2.207.504 | 63.144,1 | 28.828.075 | 883.785,7 |
| 2017 | 25.978.694 | 834.033,4 | 1.953.378 | 56.922,7 | 27.932.072 | 890.956,1 |

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 5:
## Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Spargeldeingänge[1] | | Zins- und Tilgungseingänge | | Wohnungsbauprämien | | Geldeingänge insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) |
| 2008 | 23.997,2 | - 1,6 | 10.195,6 | - 1,9 | 479,5 | + 2,2 | 34.672,4[2] | - 1,6 |
| 2009 | 25.258,6 | + 5,3 | 11.443,8 | + 12,2 | 455,6 | - 5,0 | 37.157,9 | + 7,2 |
| 2010 | 27.548,0 | + 9,1 | 11.830,5 | + 3,4 | 546,3 | + 19,9 | 39.924,8 | + 7,4 |
| 2011 | 27.237,3 | - 1,1 | 11.100,1 | - 6,2 | 458,8 | - 16,0 | 38.796,2 | - 2,8 |
| 2012 | 28.323,4 | + 4,0 | 12.165,1 | + 9,6 | 408,3 | - 11,0 | 40.896,7[2] | + 5,4 |
| 2013 | 29.489,3 | + 4,1 | 11.645,5 | - 4,3 | 379,4 | - 7,1 | 41.514,2 | + 1,5 |
| 2014 | 28.649,4 | - 2,8 | 10.168,7 | - 12,7 | 359,6 | - 5,2 | 39.177,6[2] | - 5,6 |
| 2015 | 27.955,2 | - 2,4 | 9.610,2 | - 5,5 | 401,6 | + 11,7 | 37.967,0 | - 3,1 |
| 2016 | 27.542,6 | - 1,5 | 8.095,5 | - 15,8 | 242,9 | - 39,5 | 35.881,1 | - 5,5 |
| 2017 | 26.803,0 | - 2,7 | 6.936,4 | - 14,3 | 198,1 | - 18,5 | 33.937,4[2] | - 5,4 |

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 6:
## Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Anzahl | | Bausparsummen[1] | | Durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag (€) |
|---|---|---|---|---|---|
| | absolut | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | |
| a) In Westdeutschland[2] | | | | | |
| 2008 | 1.694.817 | + 13,9 | 52.942,9 | + 11,0 | 31.238 |
| 2009 | 1.480.077 | - 12,7 | 46.855,1 | - 11,5 | 31.657 |
| 2010 | 1.504.160 | + 1,6 | 49.386,2 | + 5,4 | 32.833 |
| 2011 | 1.522.601 | + 1,2 | 54.537,8 | + 10,4 | 35.819 |
| 2012 | 1.578.141 | + 3,6 | 55.397,1 | + 1,6 | 35.103 |
| 2013 | 1.737.198 | + 10,1 | 59.436,7 | + 7,3 | 34.214 |
| 2014 | 1.265.787 | - 27,1 | 50.281,9 | - 15,4 | 39.724 |
| 2015 | 1.297.387 | + 2,5 | 53.683,3 | + 6,8 | 41.378 |
| 2016 | 1.072.148 | - 17,4 | 48.879,5 | - 8,9 | 45.590 |
| 2017 | 895.324 | - 16,5 | 46.107,3 | - 5,7 | 51.498 |
| b) In Ostdeutschland[2] | | | | | |
| 2008 | 359.372 | + 14,1 | 8.640,1 | + 9,8 | 24.042 |
| 2009 | 314.757 | - 12,4 | 7.949,0 | - 8,0 | 25.254 |
| 2010 | 316.441 | + 0,5 | 8.157,8 | + 2,6 | 25.780 |
| 2011 | 324.168 | + 2,4 | 8.700,6 | + 6,7 | 26.840 |
| 2012 | 328.758 | + 1,4 | 9.076,6 | + 4,3 | 27.609 |
| 2013 | 341.942 | + 4,0 | 9.626,2 | + 6,1 | 28.151 |
| 2014 | 263.846 | - 22,8 | 8.167,0 | - 15,2 | 30.954 |
| 2015 | 258.614 | - 2,0 | 8.503,5 | + 4,1 | 32.881 |
| 2016 | 208.117 | - 19,5 | 7.380,5 | - 13,2 | 35.463 |
| 2017 | 165.822 | - 20,3 | 6.543,2 | - 11,3 | 39.459 |
| c) In Deutschland insgesamt[3] | | | | | |
| 2008 | 2.075.518 | + 13,8 | 62.833,9 | + 10,6 | 30.274 |
| 2009 | 1.814.601 | - 12,6 | 55.989,6 | - 10,9 | 30.855 |
| 2010 | 1.841.173 | + 1,5 | 58.737,3 | + 4,9 | 31.902 |
| 2011 | 1.869.573 | + 1,5 | 64.539,1 | + 9,9 | 34.521 |
| 2012 | 1.928.399 | + 3,1 | 65.562,9 | + 1,6 | 33.999 |
| 2013 | 2.100.541 | + 8,9 | 70.127,4 | + 7,0 | 33.385 |
| 2014 | 1.549.444 | - 26,2 | 59.543,3 | - 15,1 | 38.429 |
| 2015 | 1.575.978 | + 1,7 | 63.332,5 | + 6,4 | 40.186 |
| 2016 | 1.299.161 | - 17,6 | 57.440,1 | - 9,3 | 44.213 |
| 2017 | 1.079.174 | - 16,9 | 53.843,8 | - 6,3 | 49.894 |

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.

3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

## Tabelle 7:
## Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2017

| Monat | Eingelöste Bausparverträge | | | Spargeldeingang[2] | |
|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | Bausparsummen[1] | | | |
| | | Mio. € | % | Mio. € | % |
| Januar | 80.458 | 4.033,9 | 7,5 | 1.587,4 | 9,1 |
| Februar | 89.184 | 4.334,3 | 8,0 | 1.463,4 | 8,4 |
| März | 93.591 | 4.782,5 | 8,9 | 1.554,5 | 8,9 |
| April | 90.200 | 4.400,9 | 8,2 | 1.299,3 | 7,5 |
| Mai | 98.090 | 4.590,0 | 8,5 | 1.571,0 | 9,0 |
| Juni | 89.940 | 4.409,7 | 8,2 | 1.458,1 | 8,4 |
| Juli | 88.889 | 4.424,5 | 8,2 | 1.305,6 | 7,5 |
| August | 86.036 | 4.370,8 | 8,1 | 1.406,3 | 8,1 |
| September | 86.245 | 4.320,9 | 8,0 | 1.445,8 | 8,3 |
| Oktober | 87.744 | 4.423,6 | 8,2 | 1.351,7 | 7,8 |
| November | 89.890 | 4.571,5 | 8,5 | 1.439,4 | 8,3 |
| Dezember | 98.908 | 5.181,2 | 9,6 | 1.518,9 | 8,7 |
| **Summe** | **1.079.175** | **53.843,8** | **99,9** | **17.401,4** | **100,0** |

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Ohne Zinsgutschriften.

## Tabelle 8:
## Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2017

| Berufsgruppe | Eingelöste Bausparverträge | | | | | Darlehensnehmer | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | | Bausparsummen[1] | | Durchschnittl. Bausparsumme je Vertrag (€) | Anzahl | |
| | absolut | % | Mio. € | % | | absolut | % |
| Arbeiter[2] | 159.441 | 14,8 | 6.809,9 | 12,6 | 42.711 | 40.038 | 15,7 |
| Angestellte | 553.705 | 51,3 | 29.461,1 | 54,7 | 53.207 | 133.892 | 52,6 |
| Beamte | 70.261 | 6,5 | 3.444,0 | 6,4 | 49.017 | 20.787 | 8,2 |
| Rentner und Pensionäre | 93.670 | 8,7 | 3.419,1 | 6,4 | 36.501 | 35.407 | 13,9 |
| Selbständige in Handel, Handwerk und Industrie | 26.271 | 2,4 | 2.421,2 | 4,5 | 92.163 | 9.672 | 3,8 |
| Land- und Forstwirte | 1.838 | 0,2 | 162,6 | 0,3 | 88.448 | 500 | 0,2 |
| Freie Berufe | 7.061 | 0,7 | 897,3 | 1,7 | 127.081 | 3.789 | 1,5 |
| Juristische Personen | 1.042 | 0,1 | 542,9 | 1,0 | 521.053 | 164 | 0,1 |
| Personen ohne Beruf, Schüler, Studenten und Hausfrauen | 147.858 | 13,7 | 5.492,4 | 10,2 | 37.146 | 10.465 | 4,1 |
| Bausparer mit Sitz im Ausland[3] | 18.027 | 1,7 | 1.193,3 | 2,2 | 66.194 | --- | --- |
| **Insgesamt** | **1.079.174** | **100,1** | **53.843,8** | **100,0** | **49.894** | **254.714** | **100,1** |

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Einschließlich nicht selbständiger Handwerker.

3) Bausparer mit Sitz im Ausland unter den Darlehensnehmern sind den einzelnen Berufsgruppen zugeordnet.

## Tabelle 9:
## Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2015 bis 2017

| Alter der Bausparer (31.12.) | Anteile an den eingelösten Bausparverträgen (%) | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | | | Bausparsumme[1] | | |
| | 2015 | 2016 | 2017 | 2015 | 2016 | 2017 |
| unter 20 Jahre | 12,3 | 8,9 | 7,0 | 6,2 | 4,3 | 3,6 |
| 20 bis unter 30 Jahre | 17,1 | 17,0 | 17,6 | 16,4 | 16,2 | 16,9 |
| 30 bis unter 40 Jahre | 17,8 | 19,3 | 20,8 | 23,8 | 25,9 | 27,5 |
| 40 bis unter 50 Jahre | 19,0 | 19,3 | 19,5 | 22,8 | 22,6 | 22,3 |
| 50 bis unter 60 Jahre | 19,2 | 20,3 | 20,8 | 18,8 | 18,9 | 18,7 |
| 60 Jahre und mehr | 14,5 | 15,3 | 14,3 | 12,0 | 12,0 | 11,0 |
| **Insgesamt** | **99,9** | **100,1** | **100,0** | **100,0** | **99,9** | **100,0** |

1) Einschließlich Erhöhungen.

## Tabelle 10:
## Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017 (jeweils per 31.12.)

| Jahres-ende | Nicht zugeteilte Bausparverträge | | Zugeteilte Bausparverträge | | Bausparverträge insgesamt | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | Bausparsummen (Mio. €) | Anzahl | Bausparsummen (Mio. €) | Anzahl | Bausparsummen (Mio. €) |
| 2008 | 16.601.464 | 428.611,5 | 2.822.139 | 69.508,5 | 19.423.603 | 498.120,0 |
| 2009 | 16.467.801 | 435.860,3 | 2.689.623 | 68.339,6 | 19.157.424 | 504.199,9 |
| 2010 | 16.556.970 | 450.348,6 | 2.531.723 | 65.702,0 | 19.088.693 | 516.050,6 |
| 2011 | 16.663.197 | 468.332,5 | 2.441.586 | 64.911,5 | 19.104.783 | 533.244,0 |
| 2012 | 16.813.102 | 486.853,3 | 2.309.042 | 61.616,0 | 19.122.144 | 548.469,3 |
| 2013 | 17.264.613 | 509.591,4 | 2.140.745 | 58.019,6 | 19.405.358 | 567.611,0 |
| 2014 | 17.329.590 | 523.615,5 | 1.974.626 | 55.079,2 | 19.304.216 | 578.694,7 |
| 2015 | 17.257.519 | 537.130,9 | 1.771.788 | 50.379,6 | 19.029.307 | 587.510,5 |
| 2016 | 16.984.234 | 546.095,0 | 1.584.134 | 46.053,4 | 18.568.368 | 592.148,3[1] |
| 2017 | 16.570.029 | 553.988,0 | 1.405.540 | 41.694,6 | 17.975.569 | 595.682,7[1] |

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 11:
## Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017 (jeweils per 31.12.)

| Jahres-ende | Bauspareinlagen (Mio. €) | Nicht zugeteilte Bausparverträge | | | Durchschnittl. Guthaben je nicht zugeteiltem Bausparvertrag | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Anzahl | Bauspar-summen (Mio. €) | Durchschnittliche Bausparsumme (€) | € | % der durch-schnittl. Bauspar-summe je nicht zugeteiltem Vertrag |
| 2008 | 80.001,1 | 16.601.464 | 428.611,5 | 25.818 | 4.819 | 18,7 |
| 2009 | 82.248,4 | 16.467.801 | 435.860,3 | 26.467 | 4.994 | 18,9 |
| 2010 | 87.802,0 | 16.556.970 | 450.348,6 | 27.200 | 5.303 | 19,5 |
| 2011 | 91.965,8 | 16.663.197 | 468.332,5 | 28.106 | 5.519 | 19,6 |
| 2012 | 95.892,9 | 16.813.102 | 486.853,3 | 28.957 | 5.703 | 19,7 |
| 2013 | 101.153,5 | 17.264.613 | 509.591,4 | 29.517 | 5.859 | 19,8 |
| 2014 | 106.075,6 | 17.329.590 | 523.615,5 | 30.215 | 6.121 | 20,3 |
| 2015 | 107.849,0 | 17.257.519 | 537.130,9 | 31.124 | 6.249 | 20,1 |
| 2016 | 110.535,2 | 16.984.234 | 546.095,0 | 32.153 | 6.508 | 20,2 |
| 2017 | 113.264,6 | 16.570.029 | 553.988,0 | 33.433 | 6.836 | 20,4 |

## Tabelle 12:
## Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2017

| Größenklassen (€) | Anzahl | | Bausparsummen | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | absolut | % | Mio. € | % | Durchschnitt (€) |
| bis 10.000 | 4.620.542 | 27,9 | 41.016,0 | 7,4 | 8.877 |
| über 10.000 - 25.000 | 5.668.674 | 34,2 | 102.988,8 | 18,6 | 18.168 |
| über 25.000 - 150.000 | 5.956.340 | 35,9 | 328.633,1 | 59,3 | 55.174 |
| über 150.000 - 500.000 | 313.132 | 1,9 | 70.973,3 | 12,8 | 226.656 |
| über 500.000 | 11.341 | 0,1 | 10.377,0 | 1,9 | 914.996 |
| **Insgesamt** | **16.570.029** | **100,0** | **553.988,0**[1] | **100,0** | **33.433** |

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 13:
## Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Spargeldeingänge[1] | | | Zins- und Tilgungseingänge | | | Wohnungsbauprämien-Eingänge[2] | | | | Geldeingänge insges. | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | in % der Geldeingänge insges. | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | in % der Geldeingänge insges. | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | in % der Geldeingänge insges. | in % der Spargeldeingänge[3] d. Vorjahres | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) |
| 2008 | 15.459,9 | - 0,4 | 68,2 | 6.904,8 | - 1,7 | 30,5 | 304,4 | + 0,6 | 1,3 | 1,7 | 22.669,1 | - 0,8 |
| 2009 | 16.300,6 | + 5,4 | 66,9 | 7.785,8 | + 12,8 | 31,9 | 285,6 | - 6,2 | 1,2 | 1,7 | 24.372,0 | + 7,5 |
| 2010 | 18.147,2 | + 11,3 | 68,7 | 7.939,6 | + 2,0 | 30,0 | 334,6 | + 17,2 | 1,3 | 1,9 | 26.421,4 | + 8,4 |
| 2011 | 18.109,3 | - 0,2 | 69,7 | 7.589,6 | - 4,4 | 29,2 | 270,7 | - 19,1 | 1,0 | 1,4 | 25.969,6 | - 1,7 |
| 2012 | 18.721,0 | + 3,4 | 68,7 | 8.264,0 | + 8,9 | 30,3 | 251,7 | - 7,0 | 0,9 | 1,3 | 27.236,7[4] | + 4,9 |
| 2013 | 19.695,6 | + 5,2 | 70,3 | 8.107,6 | - 1,9 | 28,9 | 232,5 | - 7,6 | 0,8 | 1,1 | 28.035,7 | + 2,9 |
| 2014 | 18.599,9 | - 5,6 | 71,3 | 7.260,5 | - 10,4 | 27,8 | 220,7 | - 5,1 | 0,8 | 1,0 | 26.081,0[4] | - 7,0 |
| 2015 | 18.328,8 | - 1,5 | 71,8 | 6.943,4 | - 4,4 | 27,2 | 248,6 | + 12,7 | 1,0 | 1,2 | 25.520,8 | - 2,1 |
| 2016 | 17.884,5 | - 2,4 | 74,2 | 6.050,8 | - 12,9 | 25,1 | 152,0 | - 38,9 | 0,6 | 0,8 | 24.087,2[4] | - 5,6 |
| 2017 | 17.401,4 | - 2,7 | 76,4 | 5.257,2 | - 13,1 | 23,1 | 129,7 | - 14,7 | 0,6 | 0,7 | 22.788,2[4] | - 5,4 |

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Für Antragsbewilligungen aus dem jeweiligen Jahr und Vorjahren.

3) Einschließlich Zinsgutschriften.

4) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 14:
## Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes[1] (Mio. €) | Spargeldeingänge[2] (Mio. €) | Jahressparleistung in % der Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes |
|---|---|---|---|
| 2008 | 424.269,4 | 15.459,9 | 3,6 |
| 2009 | 430.954,1 | 16.300,6 | 3,8 |
| 2010 | 442.353,9 | 18.147,2 | 4,1 |
| 2011 | 459.366,3 | 18.109,3 | 3,9 |
| 2012 | 477.135,2 | 18.721,0 | 3,9 |
| 2013 | 499.661,0 | 19.695,6 | 3,9 |
| 2014 | 515.934,3 | 18.599,9 | 3,6 |
| 2015 | 529.555,3 | 18.328,8 | 3,5 |
| 2016 | 541.458,9 | 17.884,5 | 3,3 |
| 2017 | 549.300,0 | 17.401,4 | 3,2 |

1) Durchschnittswerte, errechnet jeweils aus den 12 Monatsendwerten.

2) Ohne Zinsgutschriften.

## Tabelle 15:
## Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Tilgungsbeträge | | Zins- und Tilgungsleistungen | | Anteil der Tilgungsbeträge an den Zins- und Tilgungsleistungen (%) |
|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung gegenüber Vorjahr (%) | |
| 2008 | 5.422,6 | + 0,6 | 6.904,8 | - 1,7 | 78,5 |
| 2009 | 5.977,5 | + 10,2 | 7.785,8 | + 12,8 | 76,8 |
| 2010 | 6.223,4 | + 4,1 | 7.939,6 | + 2,0 | 78,4 |
| 2011 | 6.155,5 | - 1,1 | 7.589,6 | - 4,4 | 81,1 |
| 2012 | 6.576,7 | + 6,8 | 8.264,0 | + 8,9 | 79,6 |
| 2013 | 6.583,5 | + 0,1 | 8.107,6 | - 1,9 | 81,2 |
| 2014 | 5.835,6 | - 11,4 | 7.260,5 | - 10,4 | 80,4 |
| 2015 | 5.951,1 | + 2,0 | 6.943,4 | - 4,4 | 85,7 |
| 2016 | 5.056,2 | - 15,0 | 6.050,8 | - 12,9 | 83,6 |
| 2017 | 4.615,2 | - 8,7 | 5.257,2 | - 13,1 | 87,8 |

## Tabelle 16:
## Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Anzahl der nicht zugeteilten Bausparverträge am Jahresende | Anzahl der bewilligten WoP-Anträge | Bewilligte WoP-Anträge in % der nicht zugeteilten Bausparverträge des Vorjahres | Ermittelte WoP[1] für Bausparkonten (Mio. €) | Durchschnittlicher Prämienbetrag je bewilligtem WoP-Antrag (€) |
|---|---|---|---|---|---|
| 2008 | 16.601.464 | 5.051.051 | 29,7 | 249,2 | 49 |
| 2009 | 16.467.801 | 4.734.220 | 28,5 | 227,7 | 48 |
| 2010 | 16.556.970 | 4.626.231 | 28,1 | 229,5 | 50 |
| 2011 | 16.663.197 | 4.293.617 | 25,9 | 210,4 | 49 |
| 2012 | 16.813.102 | 4.646.671 | 27,9 | 226,9 | 49 |
| 2013 | 17.264.613 | 3.985.603 | 23,7 | 179,0 | 45 |
| 2014 | 17.329.590 | 3.804.058 | 22,0 | 171,6 | 45 |
| 2015 | 17.257.519 | 3.668.923 | 21,2 | 167,0 | 46 |
| 2016 | 16.984.234 | 3.472.603 | 20,1 | 139,4 | 40 |
| 2017 | 16.570.029 | 3.219.883 | 19,0 | 132,1 | 41 |

1) Für bewilligte WoP-Anträge des jeweiligen Jahres.

## Tabelle 17:
## Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahr | Neuzusagen[1] | | Auszahlungen[1] insgesamt | | Auszahlungen[2] nach Zuteilung | | | | | | Auszahlungen an Baudarlehen aus Zwischenkreditgewährung | | Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | insgesamt | | an Bauspareinlagen | | an Bauspardarlehen | | | | |
| | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € |
| 2008 | 30.676,3 | +14,3 | 30.848,6 | +18,5 | 18.017,4 | +26,2 | 14.377,2 | +24,0 | 3.640,2 | +35,6 | 10.530,8 | + 5,7 | 2.300,4 |
| 2009 | 27.022,8 | - 11,9 | 23.991,5 | - 22,2 | 12.570,4 | - 30,2 | 9.546,5 | - 33,6 | 3.023,9 | - 16,9 | 9.322,3 | - 11,5 | 2.098,8 |
| 2010 | 24.622,2 | - 8,9 | 21.633,5[3] | - 9,8 | 10.603,6 | - 15,6 | 8.411,4 | - 11,9 | 2.192,2 | - 27,5 | 9.236,9 | - 0,9 | 1.793,1 |
| 2011 | 26.405,5 | + 7,2 | 23.399,6[3] | + 8,2 | 11.484,4 | + 8,3 | 9.151,7 | + 8,8 | 2.332,7 | + 6,4 | 9.863,0 | + 6,8 | 2.052,3 |
| 2012 | 28.560,2 | + 8,2 | 24.061,6 | + 2,8 | 11.666,6 | + 1,6 | 9.866,6 | + 7,8 | 1.800,0 | - 22,8 | 10.752,7 | + 9,0 | 1.642,3 |
| 2013 | 27.710,6 | - 3,0 | 24.311,4[3] | + 1,0 | 11.196,8[3] | - 4,0 | 9.474,1 | - 4,0 | 1.722,6 | - 4,3 | 11.587,2 | + 7,8 | 1.527,5 |
| 2014 | 27.204,6 | - 1,8 | 23.972,0 | - 1,4 | 10.398,8 | - 7,1 | 8.817,7 | - 6,9 | 1.581,1 | - 8,2 | 12.003,1 | + 3,6 | 1.570,1 |
| 2015 | 31.829,8 | +17,0 | 28.229,8 | +17,8 | 12.817,6[3] | +23,3 | 11.451,1 | +29,9 | 1.366,4 | - 13,6 | 13.619,0 | +13,5 | 1.793,2 |
| 2016 | 28.578,3 | - 10,2 | 25.329,6[3] | - 10,3 | 10.241,4[3] | - 20,1 | 9.505,2 | - 17,0 | 736,1 | - 46,1 | 12.978,2 | - 4,7 | 2.110,1 |
| 2017 | 27.537,8 | - 3,6 | 24.927,6[3] | - 1,6 | 9.971,8[3] | - 2,6 | 9.085,3 | - 4,4 | 886,6 | +20,4 | 12.588,7 | - 3,0 | 2.367,2 |

1) Neuzusagen und Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.

2) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 18:
## Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2017

| Bundesland | Eingelöste Neuabschlüsse | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | | Bausparsummen[1] | | | |
| | absolut | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Anteile (%) | Durchschnitt (€) |
| Schleswig-Holstein | 37.849 | - 15,6 | 1.820,7 | - 7,3 | 3,5 | 48.105 |
| Hamburg | 13.187 | - 15,9 | 841,9 | - 6,2 | 1,6 | 63.840 |
| Niedersachsen | 112.617 | - 15,4 | 5.139,0 | - 6,4 | 9,8 | 45.632 |
| Bremen | 6.285 | - 12,8 | 298,5 | - 0,3 | 0,6 | 47.488 |
| Nordrhein-Westfalen | 206.564 | - 15,0 | 9.833,3 | - 7,8 | 18,7 | 47.604 |
| Hessen | 84.481 | - 14,7 | 4.142,4 | - 4,3 | 7,9 | 49.034 |
| Rheinland-Pfalz | 63.225 | - 15,9 | 3.039,7 | - 7,2 | 5,8 | 48.078 |
| Baden-Württemberg | 172.099 | - 16,8 | 9.643,3 | - 3,8 | 18,3 | 56.034 |
| Bayern | 181.746 | - 20,1 | 10.572,5 | - 4,7 | 20,1 | 58.172 |
| Saarland | 17.271 | - 13,5 | 776,0 | - 7,3 | 1,5 | 44.930 |
| Berlin | 19.738 | - 21,6 | 1.140,7 | - 12,4 | 2,2 | 57.793 |
| Brandenburg | 27.282 | - 20,6 | 1.140,8 | - 9,3 | 2,2 | 41.817 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 18.617 | - 21,4 | 707,3 | - 14,7 | 1,3 | 37.994 |
| Sachsen | 41.764 | - 21,7 | 1.507,8 | - 10,8 | 2,9 | 36.104 |
| Sachsen-Anhalt | 27.633 | - 18,9 | 934,0 | - 13,4 | 1,8 | 33.800 |
| Thüringen | 30.788 | - 17,8 | 1.112,4 | - 9,1 | 2,1 | 36.132 |
| **Deutschland** | **1.061.146** | **- 17,1** | **52.650,5**[2] | **- 6,4** | **100,3** | **49.617** |

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 19:
## Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2017

| Bundesland | Vertragsbestände am Jahresende | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | | Bausparsummen | | | |
| | absolut | Änderung geg. Vorjahr (%) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Anteile (%) | je Kopf der Bevölkerung[1] (€) |
| Schleswig-Holstein | 587.450 | - 3,7 | 19.809,4 | + 0,5 | 3,4 | 6.858 |
| Hamburg | 197.299 | - 1,9 | 7.570,1 | + 0,4 | 1,3 | 4.148 |
| Niedersachsen | 1.778.310 | - 3,8 | 55.536,3 | + 0,8 | 9,5 | 6.974 |
| Bremen | 92.138 | - 3,6 | 3.013,9 | + 15,7 | 0,5 | 4.438 |
| Nordrhein-Westfalen | 3.080.142 | - 3,0 | 99.259,2 | - 0,3 | 17,0 | 5.547 |
| Hessen | 1.392.203 | - 3,4 | 45.766,9 | + 0,8 | 7,8 | 7.341 |
| Rheinland-Pfalz | 1.047.237 | - 4,1 | 34.965,1 | + 0,8 | 6,0 | 8.586 |
| Baden-Württemberg | 3.031.529 | - 3,5 | 109.068,5 | + 0,4 | 18,7 | 9.918 |
| Bayern | 3.516.055 | - 1,4 | 122.539,2 | + 1,8 | 21,0 | 9.442 |
| Saarland | 258.876 | - 2,7 | 8.389,5 | + 6,7 | 1,4 | 8.429 |
| Berlin | 331.501 | - 7,3 | 11.966,8 | + 1,8 | 2,0 | 3.328 |
| Brandenburg | 471.077 | - 3,0 | 14.088,1 | - 0,9 | 2,4 | 5.632 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 297.539 | - 5,3 | 8.264,7 | + 0,3 | 1,4 | 5.128 |
| Sachsen | 749.462 | - 4,6 | 19.858,4 | - 2,1 | 3,4 | 4.870 |
| Sachsen-Anhalt | 418.530 | - 7,5 | 10.791,1 | - 3,5 | 1,8 | 4.848 |
| Thüringen | 502.570 | - 2,0 | 13.032,3 | - 2,9 | 2,2 | 6.059 |
| **Deutschland** | **17.751.918** | **- 3,2** | **583.919,5** | **+ 0,6** | **99,8** | **7.061** |

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 31.08.2017 (letzter verfügbarer Stand). Quelle: Statistisches Bundesamt.

## Tabelle 20:
## Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2017

| Bundesland | Eingänge an | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Spargeldern[1] | | | | Zins- u. Tilgungszahlungen | | |
| | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Anteile (%) | je Kopf der Bevölkerung[2] (€) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Anteile (%) |
| Schleswig-Holstein | 559,3 | - 2,2 | 3,3 | 194 | 221,9 | - 16,3 | 4,3 |
| Hamburg | 242,0 | - 6,1 | 1,4 | 133 | 60,9 | - 4,0 | 1,2 |
| Niedersachsen | 1.619,2 | - 2,7 | 9,5 | 203 | 562,5 | - 13,5 | 11,0 |
| Bremen | 85,7 | - 5,5 | 0,5 | 126 | 35,0 | - 6,5 | 0,7 |
| Nordrhein-Westfalen | 2.798,1 | - 3,9 | 16,3 | 156 | 966,0 | - 12,2 | 18,9 |
| Hessen | 1.341,7 | - 4,4 | 7,8 | 215 | 416,5 | - 15,8 | 8,1 |
| Rheinland-Pfalz | 1.085,1 | - 2,1 | 6,3 | 266 | 350,3 | - 9,9 | 6,8 |
| Baden-Württemberg | 3.121,4 | - 1,4 | 18,2 | 284 | 728,4 | - 11,5 | 14,2 |
| Bayern | 3.671,7 | - 2,2 | 21,4 | 283 | 650,2 | - 14,2 | 12,7 |
| Saarland | 250,4 | - 0,1 | 1,5 | 252 | 107,1 | - 9,1 | 2,1 |
| Berlin | 347,6 | - 8,1 | 2,0 | 97 | 104,6 | - 15,5 | 2,0 |
| Brandenburg | 405,8 | - 2,6 | 2,4 | 162 | 201,0 | - 14,7 | 3,9 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 243,6 | - 3,0 | 1,4 | 151 | 125,1 | - 11,6 | 2,4 |
| Sachsen | 618,3 | - 4,7 | 3,6 | 152 | 253,7 | - 13,3 | 5,0 |
| Sachsen-Anhalt | 336,6 | - 4,1 | 2,0 | 151 | 166,2 | - 15,3 | 3,2 |
| Thüringen | 405,2 | - 2,1 | 2,4 | 188 | 173,3 | - 9,7 | 3,4 |
| **Deutschland** | **17.131,7** | **- 2,9** | **100,0** | **207** | **5.122,6[3]** | **- 12,9** | **99,9** |

1) Ohne Zinsgutschriften, einschließlich Gutschriften von Wohnungsbauprämien.

2) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 31.08.2017 (letzter verfügbarer Stand). Quelle: Statistisches Bundesamt.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 21:
## Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2017

| Bundesland | Bestände am Jahresende an | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Bauspareinlagen | | | | Baudarlehen | | |
| | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Anteile (%) | je Kopf der Bevölkerung[1] (€) | Mio. € | Änderung geg. Vorjahr (%) | Anteile (%) |
| Schleswig-Holstein | 3.308,6 | - 1,6 | 3,0 | 1.145 | 5.385,5 | + 1,0 | 5,0 |
| Hamburg | 1.518,5 | + 2,1 | 1,4 | 832 | 1.683,0 | + 9,5 | 1,6 |
| Niedersachsen | 9.937,9 | + 3,0 | 8,9 | 1.248 | 11.480,4 | + 6,5 | 10,7 |
| Bremen | 547,3 | - 7,7 | 0,5 | 806 | 716,0 | + 16,6 | 0,7 |
| Nordrhein-Westfalen | 17.776,4 | + 1,2 | 16,0 | 993 | 18.560,7 | + 6,7 | 17,2 |
| Hessen | 8.578,2 | + 3,1 | 7,7 | 1.376 | 9.572,1 | + 6,4 | 8,9 |
| Rheinland-Pfalz | 6.613,4 | + 5,0 | 5,9 | 1.624 | 7.179,5 | + 5,6 | 6,7 |
| Baden-Württemberg | 21.149,2 | + 3,3 | 19,0 | 1.923 | 13.842,7 | + 11,2 | 12,9 |
| Bayern | 25.353,7 | + 4,2 | 22,8 | 1.953 | 15.086,5 | + 13,1 | 14,0 |
| Saarland | 1.443,7 | - 1,2 | 1,3 | 1.451 | 1.718,2 | + 11,3 | 1,6 |
| Berlin | 2.167,9 | - 0,2 | 2,0 | 603 | 2.785,0 | - 1,0 | 2,6 |
| Brandenburg | 2.498,1 | - 4,7 | 2,2 | 999 | 5.042,2 | + 14,9 | 4,7 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1.549,2 | + 9,1 | 1,4 | 961 | 2.289,3 | + 9,8 | 2,1 |
| Sachsen | 4.005,6 | - 0,7 | 3,6 | 982 | 4.855,9 | + 13,4 | 4,5 |
| Sachsen-Anhalt | 2.178,8 | + 2,3 | 2,0 | 979 | 3.028,8 | + 6,9 | 2,8 |
| Thüringen | 2.531,0 | - 0,8 | 2,3 | 1.177 | 4.460,4 | + 66,3 | 4,1 |
| **Deutschland** | **111.157,4**[2] | **+ 2,5** | **100,0** | **1.344** | **107.686,2** | **+ 10,0** | **100,1** |

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 31.08.2017 (letzter verfügbarer Stand). Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 22:
## Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2012 bis 2017

| | 2012 | | 2013 | | 2014 | | 2015 | | 2016 | | 2017 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % |
| AUFWENDUNGEN | | | | | | | | | | | | |
| Verwaltungskosten | | | | | | | | | | | | |
| - Personelle Aufwendungen | 1.690,5 | 24,4 | 1.723,8 | 25,9 | 1.610,7 | 24,3 | 1.683,1 | 26,2 | 1.480,5 | 22,7 | 1.464,2 | 23,2 |
| - Sach- und allgemeine Aufwendungen | 982,7 | 14,2 | 975,4 | 14,7 | 950,1 | 14,3 | 867,4 | 13,5 | 977,0 | 14,9 | 988,9 | 15,7 |
| Abschreibungen und Wertberichtigungen | | | | | | | | | | | | |
| - auf Baudarlehen | 161,0 | 2,3 | 190,2 | 2,9 | 139,7 | 2,1 | 170,3 | 2,6 | 207,4 | 3,2 | 108,9 | 1,7 |
| - Sonstige | 28,1 | 0,4 | 37,8 | 0,6 | 29,1 | 0,4 | 59,2 | 0,9 | 49,8 | 0,8 | 110,6 | 1,8 |
| Zinsen | | | | | | | | | | | | |
| - auf Bauspareinlagen | 2.118,0 | 30,6 | 2.118,0 | 31,9 | 2.168,4 | 32,7 | 2.304,6 | 35,8 | 2.228,0 | 34,1 | 1.944,7 | 30,8 |
| - Sonstige | 1.222,8 | 17,7 | 1.060,6 | 16,0 | 909,9 | 13,7 | 713,2 | 11,1 | 599,3 | 9,2 | 559,4 | 8,9 |
| Steuern und öffentliche Abgaben | 104,0 | 1,5 | 105,9 | 1,6 | 184,4 | 2,8 | 34,1 | 0,5 | 104,3 | 1,6 | 95,6 | 1,5 |
| Alle übrigen Aufwendungen | 528,6 | 7,6 | 403,8 | 6,1 | 615,8 | 9,3 | 464,7 | 7,2 | 756,0 | 11,6 | 905,4 | 14,3 |
| Jahresüberschuss | 91,9 | 1,3 | 31,8 | 0,5 | 30,9 | 0,5 | 134,6 | 2,1 | 133,5 | 2,0 | 138,4 | 2,2 |
| **Gesamtbetrag** | **6.927,6** | **100,0** | **6.647,3** | **100,2** | **6.639,0** | **100,1** | **6.431,3**[1] | **99,9** | **6.535,7**[1] | **100,1** | **6.316,2**[1] | **100,1** |
| ERTRÄGE | | | | | | | | | | | | |
| Gebühren der Bausparer | | | | | | | | | | | | |
| - für Vertragsabschluss und -vermittlung | 658,3 | 9,5 | 691,7 | 10,4 | 646,1 | 9,7 | 684,6 | 10,6 | 609,3 | 9,3 | 584,1 | 9,2 |
| - für Darlehensregelung nach Zuteilung | 43,4 | 0,6 | 34,3 | 0,5 | 28,6 | 0,4 | 37,3 | 0,6 | 41,5 | 0,6 | 1,2 | 0,0 |
| - Sonstige | 294,6 | 4,3 | 278,3 | 4,2 | 268,1 | 4,0 | 275,9 | 4,3 | 266,5 | 4,1 | 277,2 | 4,4 |
| Zinsen | | | | | | | | | | | | |
| - aus Baudarlehen | 3.944,9 | 56,9 | 3.766,1 | 56,7 | 3.608,0 | 54,3 | 3.445,2 | 53,6 | 3.220,5 | 49,3 | 3.034,0 | 48,0 |
| - Sonstige | 1.495,9 | 21,6 | 1.415,2 | 21,3 | 1.369,5 | 20,6 | 1.364,7 | 21,2 | 1.148,2 | 17,6 | 1.176,9 | 18,6 |
| Alle übrigen Erträge | 490,5 | 7,1 | 461,8 | 6,9 | 718,7 | 10,8 | 623,6 | 9,7 | 1.249,5 | 19,1 | 1.242,9 | 19,7 |
| **Gesamtbetrag** | **6.927,6** | **100,0** | **6.647,3**[1] | **100,0** | **6.639,0** | **99,8** | **6.431,3** | **100,0** | **6.535,7**[1] | **100,0** | **6.316,2**[1] | **100,0** |

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 23:
## Bilanzen der privaten Bausparkassen 2012 bis 2017

| | 31.12.2012 | | 31.12.2013 | | 31.12.2014 | | 31.12.2015 | | 31.12.2016 | | 31.12.2017 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % | Mio. € | % |
| AKTIVA | | | | | | | | | | | | |
| - Bauspardarlehen | (16.208,6) | | (14.705,8) | | (13.542,0) | | (11.864,5) | | (10.564,3) | | (9.565,6) | |
| - Zwischenkredite | (65.698,8) | | (68.455,6) | | (71.537,4) | | (75.814,7) | | (79.144,2) | | (83.519,6) | |
| - Sonst. Baudarlehen | (10.926,2) | | (10.776,4) | | (10.733,1) | | (11.200,3) | | (12.081,6) | | (18.411,9) | |
| Baudarlehen | 92.833,6 | 64,4 | 93.937,9 | 64,4 | 95.812,5 | 64,4 | 98.879,5 | 66,3 | 101.790,0 | 66,6 | 111.497,1 | 69,1 |
| Barreserve, andere Forderungen an Kreditinstitute (ohne Baudarlehen) | 21.965,4 | 15,2 | 23.752,6 | 16,3 | 25.873,2 | 17,4 | 24.494,2 | 16,4 | 25.981,4 | 17,0 | 24.301,8 | 15,1 |
| Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen, Schatzwechsel | 19.619,5 | 13,6 | 19.075,9 | 13,1 | 18.663,0 | 12,6 | 18.599,4 | 12,5 | 18.336,9 | 12,0 | 18.538,4 | 11,5 |
| Sonstige Aktiva | 9.815,9 | 6,8 | 9.124,7 | 6,3 | 8.327,4 | 5,6 | 7.178,9 | 4,8 | 6.767,6 | 4,4 | 7.087,4 | 4,4 |
| **Bilanzsumme** | **144.234,4** | **100,0** | **145.891,0**[1] | **100,0** | **148.676,0**[1] | **100,0** | **149.152,0** | **100,0** | **152.876,0**[1] | **100,0** | **161.424,7** | **100,1** |
| PASSIVA | | | | | | | | | | | | |
| Bauspareinlagen | 95.892,9 | 66,5 | 101.153,5 | 69,3 | 106.075,6 | 71,3 | 107.849,0 | 72,3 | 110.535,2 | 72,3 | 113.264,6 | 70,2 |
| Spareinlagen | 356,3 | 0,2 | 345,4 | 0,2 | 333,0 | 0,2 | 327,1 | 0,2 | 327,2 | 0,2 | 443,0 | 0,3 |
| Schuldverschreibungen | 4.865,3 | 3,4 | 3.885,6 | 2,7 | 2.715,5 | 1,8 | 2.345,9 | 1,6 | 1.913,2 | 1,3 | 2.903,3 | 1,8 |
| Aufgenommene Fremdgelder | 24.123,8 | 16,7 | 22.997,3 | 15,8 | 22.221,5 | 14,9 | 21.790,6 | 14,6 | 23.458,4 | 15,3 | 29.080,3 | 18,0 |
| Rückstellungen, Wertberichtigungen | 5.112,4 | 3,5 | 5.077,8 | 3,5 | 5.459,1 | 3,7 | 5.523,0 | 3,7 | 5.386,0 | 3,5 | 4.666,6 | 2,9 |
| - gezeichnetes Kapital | (877,0) | | (877,0) | | (877,0) | | (881,2) | | (881,2) | | (881,2) | |
| - Offene Rücklagen u.a. | (3.593,3) | | (3.708,7) | | (3.706,4) | | (3.821,9) | | (3.826,5) | | (4.142,8) | |
| Eigenkapital | 4.470,3 | 3,1 | 4.585,7 | 3,1 | 4.583,4 | 3,1 | 4.703,1 | 3,2 | 4.707,7 | 3,1 | 5.024,0 | 3,1 |
| Sonstige Passiva | 9.413,4 | 6,5 | 7.845,7 | 5,4 | 7.287,8 | 4,9 | 6.613,4 | 4,4 | 6.548,3 | 4,3 | 6.042,9 | 3,7 |
| **Bilanzsumme** | **144.234,4** | **99,9** | **145.891,0** | **99,9** | **148.676,0**[1] | **99,9** | **149.152,0**[1] | **100,0** | **152.876,0** | **100,0** | **161.424,7** | **100,0** |

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

## Tabelle 24:
## Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2008 bis 2017

| Jahresende | Anzahl der angestellten Mitarbeiter[1] | Bilanzsumme | | Anzahl der gesamten Bausparverträge | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | (Mio. €) | im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter (Mio. €) | | im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter |
| 2008 | 7.998 | 137.468,8 | 17,188 | 19.423.603 | 2.429 |
| 2009 | 7.316 | 142.142,9 | 19,429 | 19.157.424 | 2.619 |
| 2010 | 7.183 | 145.042,8 | 20,193 | 19.088.694 | 2.657 |
| 2011 | 7.124 | 142.941,6 | 20,065 | 19.104.783 | 2.682 |
| 2012 | 5.829[2] | 144.234,4 | 24,744 | 19.122.144 | 3.281 |
| 2013 | 5.672 | 145.891,0 | 25,721 | 19.405.358 | 3.421 |
| 2014 | 5.359 | 148.676,0 | 27,743 | 19.304.216 | 3.602 |
| 2015 | 5.182 | 149.152,0 | 28,783 | 19.029.307 | 3.672 |
| 2016 | 5.113 | 152.876,0 | 29,899 | 18.568.368 | 3.632 |
| 2017 | 4.992 | 161.424,7 | 32,337 | 17.975.569 | 3.601 |

1) Einschließlich der Auszubildenden und gewerblichen Arbeitnehmer, ohne Aushilfskräfte. Teilzeitkräfte in Vollzeitkräfte umgerechnet.

2) Der Rückgang ist vor allem auf eine Ausgliederung von Mitarbeitern einer Bausparkasse im Zuge der Gründung eines Tochterunternehmens zurückzuführen.

# Verzeichnis der privaten Bausparkassen

**Aachener Bausparkasse AG**
Theaterstraße 92 - 94
52062 Aachen

**ALTE LEIPZIGER Bauspar AG**
Alte Leipziger-Platz 1
61440 Oberursel

**Bausparkasse Mainz AG**
Kantstraße 1
55122 Mainz

**Bausparkasse Schwäbisch Hall AG**
Crailsheimer Straße 52
74523 Schwäbisch Hall

**BHW Bausparkasse AG**
Lubahnstraße 2
31789 Hameln

**BSQ Bauspar AG**
Kunigundenstr. 71
90439 Nürnberg

**Debeka Bausparkasse AG**
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56073 Koblenz

**Deutsche Bank Bauspar AG**
Niddagaustraße 42
60489 Frankfurt am Main

**Deutsche Bausparkasse Badenia AG**
Badeniaplatz 1
76114 Karlsruhe

**Deutscher Ring Bausparkasse AG**
Ludwig-Erhard-Straße 22
20459 Hamburg

**SIGNAL IDUNA Bauspar AG**
Kapstadtring 7
22297 Hamburg

**Wüstenrot Bausparkasse AG**
Wüstenrotstraße 1
71638 Ludwigsburg

# Der Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

## Verbandsvorstand

Vorsitzender:
Direktor Bernd Hertweck
Ludwigsburg
(ab 27. April 2018)

Andreas J. Zehnder
Berlin
(bis 27. April 2018)

Direktor Jürgen Gießler
Schwäbisch Hall
(bis 8. November 2018)

Direktor Henning Göbel
Hameln
(ab 9. November 2017)

Direktor Reinhard Klein
Schwäbisch Hall
(ab 9. November 2017)

Direktor Frank Leinemann
Hamburg

Direktor Lars Stoy
Hameln
(bis 31. Oktober 2017)

## Verbandsgeschäftsstelle

Hauptgeschäftsführer:
Christian König
(ab 1. Juni 2018)

Andreas J. Zehnder
(bis 31. Mai 2018)

Abteilung Recht und Steuern:
Agnes Freise
(ab 1. Juli 2018)

Christian König
(bis 30. Juni 2018)

Abteilung Betriebswirtschaft,
Statistik und Bauspartechnik:
Christian Ketzner

Abteilung Kommunikation:
Alexander Nothaft

Abteilung Grundsatzfragen:
Dr. Juri Schudrowitz

Schlichtungsstelle:
Sabine Masuch

Europabüro Brüssel:
Christian König

Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin, Postfach 303079 · 10730 Berlin
Telefon (030)590091-500 · Telefax (030)590091-501
Internet: www.bausparkassen.de · E-Mail: info@bausparkassen.de

Herausgeber:
Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Konzeption und Gestaltung:
EINS 64 Grafik-Design, Bonn

Druck:
DCM Druck Center Meckenheim GmbH